

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen

März 2007/1

Almosen für die Opfer. War's das? Die demokratische Gesellschaft und ihre Vorkämpfer

Von Waldemar Ritter

Deutschland hat den Nationalsozialismus und den Kommunismus erlebt; seine demokratische Zukunft hängt davon ab, ob es gelingt, diese Erfahrungen kritisch zu verarbeiten. In beiden Diktaturen gab es Widerstand und Menschen mit Mut, Anstand und Zivilcourage. In beiden Regimen wurden Personen, die ganz einfach ihr Menschenrecht in Anspruch nahmen, bespitzelt, denunziert oder in Sippenhaft genommen, wurden Demokraten und Regimegegner verfolgt, inhaftiert, gefoltert und getötet. Kinder wurden ihren Eltern aus politischen Gründen weggenommen, Schülerinnen und Schüler aus politischen Gründen von höherer Bildung ausgeschlossen.

Deutschland hat die beiden totalitären Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts zusammen genommen „gründlicher ausgekostet“ als alle übrigen Länder Europas – über die lange Zeitstrecke von 44 Jahren hinweg sogar kontrastierend zur Demokratie im eigenen Lande. Dieser traurige „Rekord“ hat im Nachhinein einen „Vorteil“: unser Land verfügt über das kompakteste Lehrmaterial über Diktatur, Widerstand

Der Autor ist Politikwissenschaftler und Historiker, Vorstand des Deutschen Politologenverbandes. Mehr als drei Jahrzehnte war er für deutschlandpolitische Fragen und für die innerdeutschen Kulturangelegenheiten des Bundes verantwortlich. Davor, 1960–67, Jugend- und bildungspolitischer Referent beim Parteivorstand der SPD, enger Vertrauter des damaligen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Waldemar von Knoeringen.



*Dr. Waldemar Ritter, MD a.D.
Foto: K.H. Theis*

und Verfolgung. Aber die Chance wurde verpasst, die Opfer der Diktatur als Vorkämpfer, als gewichtigen konstituierenden Faktor der Demokratie, zu ehren, zu feiern und aus ihren im letztlich unbeschreibbaren Leiden gewonnenen Erkenntnissen zu lernen: Bildung zur Bewährung in der Demokratie.

Hans-Jürgen Grasemann
**Hans von Dohnanyi
Jurist im Widerstand gegen das
NS-Regime**

Seite 4

**„Reichsbanner
Schwarz-Rot-Gold“**

?

Eine neue Video-Dokumentation von
Werner Müller

Seite 5

Armin Pfahl-Traugher
**NPD: Erfolge und
Niederlagen**

Seite 7

Inhaltsverzeichnis

Dr. Waldemar Ritter Almosen für die Opfer. War's das? Die demokratische Gesellschaft und ihre Vorkämpfer	Seite 1
Brief an die Koalitions- parteien	Seite 3
Hans-Jürgen Grasemann Hans von Dohnanyi Jurist im Widerstand gegen das NS-Regime	Seite 4
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	Seite 5
Armin Pfahl-Traughber NPD zwischen Erfolgen und Niederlagen	Seite 7
Armin Pfahl-Traughber Treuteutsch fest im alten Dogma Neues DKP-Programm	Seite 9
Hans-Jürgen Grasemann Ein vergessenes Schicksal	Seite 11
Gerald Wiemers Vertrieben aus Leipzig – heimisch geworden in Jerusalem	Seite 13
Anton Maegerle Chronik antisemitischer Vorfälle 2006	Seite 14
Aus den Verbänden	
BVN-Berlin Nikoline Hansen Mit Augenmaß in die Zukunft!	Seite 17
BWV-Bayern Gegen Diktatur – Demokra- tischer Widerstand in Deutsch- land 1933–1945/1945–1989 Ausstellung in Nürnberg	Seite 20
ZDWV Trauer um Mosche Drori	Seite 20
Neuerscheinungen	Seite 21
Impressum	Seite 24

Die Würdigung des Widerstandes und der Opfer der SED-Diktatur liegt im Interesse der demokratischen Gesellschaft und ist von ihr aus freien Stücken zu erbringen. Nicht die Betroffenen oder ihre Verbände müssen in erster Linie das Wort nehmen, sondern zuallererst wir, die gesamte Gesellschaft, unsere Kulturnation. Die Opfer dürfen nicht in die Lage gebracht werden, um ihre Anerkennung buhlen zu müssen; umgekehrt: Wir haben die Bringschuld, wir müssen ihnen diese Anerkennung und Ehrung zu Füßen legen. Das gilt auch für finanzielle Entschädigung, die nur ein bescheidener Versuch sein kann, Dankbarkeit zum Ausdruck zu bringen, und nicht ein „gewährtes“ Almosen, für das sich die Widerständler zu bedanken hätten.

Siebzehn Jahre nach der Wiedervereinigung und dem Einigungsvertrag wird jenen Menschen, die in der DDR ihre persönliche Freiheit und ihr Leben für das Recht, für die Menschenrechte, für mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie riskiert hatten, nicht die Anerkennung und Ehre zuteil.

Die von den Koalitionsparteien ins Auge gefasste Regelung besagt, dass jeder, der mindestens sechs Monate in der DDR inhaftiert war und sich in einer „wirtschaftlich schwierigen Lage“ befindet, eine „Opferrente“ von monatlich 250 Euro bekommen soll. Das ist finanziell gut für die 16000, die das bekommen sollen, weil sie aus sozialen Gründen jeden Euro brauchen. Mit politischer Kultur hat dies allein allerdings wenig zu tun. Das Unrecht der SED-Diktatur hat alle Verfolgten betroffen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die in der Diktatur Widerstand geleistet haben, noch heute für das ihnen angetane Unrecht mit Mindestrenten und Sozialhilfe bestraft werden, während die Täter auf Kosten des Steuerzahlers überhöhte Renten erhalten und ihre Opfer verhöhnern. Menschen, die in der DDR gefoltert wurden, erhalten monatlich 118 Euro. Die Rentennachzahlungen für die dem SED-Staat dienstbaren Personen kosteten jährlich drei Milliarden Euro, die so genannten „Opferrenten“ würden nur 71 Millionen kos-

ten. Was wir brauchen, sind nicht beschämende Feigenblätter, sondern neben der Hilfe für sozial Bedürftige eine symbolische Ehrenpension für alle Opfer, für alle Verfolgten und Widerstandskämpfer. Das Problem unserer Gesellschaft und unserer Politik ist, dass wir soziale Trostschnäpse mit politischer Kultur in unserem Land verwechseln. Diese Menschen haben Werte gelebt, auf denen der Staat aufbaut, die er aber selbst nicht schafft, weil sie dem Staat ebenso vorgegeben sind wie alle Menschen- und Grundrechte.

Berlin und Biermann

Es gibt genug Beispiele dafür, dass diejenigen, die ihren politischen Platz dem Grunde nach solch herausragenden Menschen verdanken, oft genug nicht wissen, was sie tun. Da ist aus dem Vorstand der größten Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses und aus der Umgebung des Regierenden Bürgermeisters zu hören gewesen, dass dem ausgebürgerten Wolf Biermann die Ehrenbürgerschaft Berlins nicht verliehen werden könne, weil er Gerhard Schröder kritisiert habe. Das wurde inzwischen von der Gesamtfraktion mit massiver Mehrheit korrigiert. Aber es zeigt, welch feudalistische Denkstrukturen der „Majestätsbeleidigung“ aus Kaiser Wilhelms Zeiten noch immer in Köpfen von Abgeordneten oder Parteifunktionären herumspuken und welche Geschichtsvergessenheit ausgerechnet in Berlin Platz gegriffen hat. Hier geht es um eine Dimension, die den gefährlich engen Horizont einiger Berliner Landespolitiker offensichtlich weit übersteigt: Es geht um einen hoch politischen Künstler von europäischem Format, dessen Zwangsausbürgerung 1976 einen gewaltigen Stein ins Rollen brachte und schließlich den Anfang vom Ende der SED-Diktatur einläutete. Damit erledigt sich freilich die absurde These, wonach die widersinnige Regierungskoalition aus einer demokratischen Partei einerseits und der PDS andererseits im Lande Berlin der inneren Einheit der Stadt diene. Und hier mag ja der tiefere Grund für den provinziellen Widerstand gegen die Ehrenbürgerschaft gelegen haben.

(Fortsetzung Seite 4)

Roland Bude (ehemaliger Vorstandsvorsitzender und Mitglied des Vorstandes der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge)
Dr. Horst Hennig (Generalarzt a.D.)
Siegfried Jahnke (Vorstandsvorsitzender der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge)
Heinz Lehmann (MinRat a.D. und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge)
Eduard Lindhammer (VorsRichter am VG a.D. und Mitglied des Vorstandes der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge))

Kopie

In der
Stiftung für ehemalige
politische Häftlinge
Wurzerstr. 106
53175 Bonn
05.02.2007

An die
Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen
von CDU/CSU und SPD

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ehemalige langjährige politische Häftlinge, die seit vielen Jahren als ehrenamtliche Mitglieder des Vorstandes und der Ausschüsse der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge Zehntausende von Unterstützungsanträgen entschieden haben, fühlen wir uns verpflichtet, zu dem Gesetzentwurf eines 3. SED-Unrechthereinigungsgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Die Opferrente ist eine Forderung der ehemaligen politischen Häftlinge und ihrer Organisationen, die **allein in der Tatsache der unrechtmäßigen Inhaftierung** begründet ist.
2. **Soziale Gesichtspunkte** werden u.a. bereits bei den Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und den sozialen Ausgleichsleistungen nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) berücksichtigt. Entscheidend für das zu beschließende Gesetz sollte **allein die moralische Würdigung des Eintretens der ehemaligen Häftlinge für einen freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat** sein.
3. Erforderlich ist außerdem ein Hinweis auf die Gleichstellung der gesundheitlichen Versorgung der ehemaligen politischen Häftlinge mit anderen Opfergruppen.

Die Unterzeichner stehen zur Beratung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

H. Hennig

nachrichtlich:
an die Bundestagsfraktionen
der FDP und Bündnis 90/Die Grünen

Almosen für die Opfer. War's das?

(Fortsetzung von Seite 2)

PDS und 68er

Es gibt bei PDS-Anhängern und im Westen bei „68ern“ noch immer eine tiefe Abneigung, sich mit der strukturellen Unmenschlichkeit der DDR auseinander zu setzen. Wie nach der Nazidiktatur müssen wir weg von diesen Verdrängungsapparaten und auch von der politischen Kleingeisterei dieser „68er“, die trotz der Erfahrung von Hitler und Stalin die rote Bibel des Massenmörders Mao schwenkten, sich aber nicht für ihre eingekerkerten Landsleute in der DDR interessierten. Diese romantisierenden Wohlstandsprotestler und im Grunde verklemmten Spießer, die sogar zur „Praktizierung“ des einfachsten und

schönsten Menschheitsvergnügens eine komplizierte Ideologie brauchten, wie Uschi Obermaier in Buch und Film wohl zutreffend charakterisiert hat, können nicht verkraften, dass die Revolution eben nicht in der alten „BRD“, sondern in der DDR stattgefunden hat – dass nicht Freiheit und Demokratie, sondern der Kommunismus implodierte.

Geschichtsvergessenheit überwinden

Die Revolution und ihre Vorkämpfer haben ganz Deutschland und ganz Europa die Freiheit und Einheit ermöglicht, die mit dem Widerstand in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei und Ungarn begann. Die selbstbewusster werdende Zivilgesellschaft lässt es nicht zu,

dass die „68er“ oder einstige Nutznießer kommunistischer Ausbeutung Wolf Biermann schlagen und alle Verfolgten und Widerständler meinen. Nun wird die Berliner Ehrenbürgerschaft für Wolf Biermann auch zur Ehrenbürgerschaft für alle Verfolgten der Diktatur, ein Fest der freien Gesellschaft. Warum eigentlich nicht vor dem Brandenburger Tor auf dem Platz der Republik? Vielleicht nutzt Berlin die Blamage, Geschichtsvergessenheit zu überwinden und seine zentrale Rolle als Symbol des Freiheitskampfes wiederzufinden. Erst dann kann die Stadt Berlin auch ihrer Hauptstadtrolle gerecht werden und zu einer politisch-kulturellen Atmosphäre in der ganzen Republik beitragen, in der die Opfer der Diktatur endlich zu Hause angekommen sein werden.

Hans von Dohnanyi Jurist im Widerstand gegen das NS-Regime

Von Hans-Jürgen Grasemann

In der Öffentlichkeit gilt es als ausgemacht, dass Juristen am aktiven politischen Widerstand gegen das NS-Regime kaum beteiligt waren. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Viele Widerstandskämpfer waren Juristen, Rechtsanwälte, Richter und Notare, die mit dem Tode bestraft wurden. Einer von ihnen war Hans von Dohnanyi, den der Staat Israel aufgrund der von ihm unter eigener Lebensgefahr ermöglichten Rettung von jüdischen Mitbürgern seit 2003 als „Gerechten unter den Völkern“ in der Gedenkstätte Yad Vashem ehrt.

Hans von Dohnanyi gehört zu den zentralen Persönlichkeiten des deutschen Widerstandes gegen die Unrechts- und Terrorherrschaft des Nationalsozialismus.

1902 als Sohn eines ungarischen Komponisten und einer Pianistin in Wien geboren, wuchs er nach der

Trennung der Eltern in Berlin auf. Auf dem Grunewald-Gymnasium lernte er Dietrich und Klaus Bonhoeffer kennen, deren Schwester Christine er 1925 nach dem ersten Staatsexamen heiratete. 1928 wird ihr Sohn Klaus geboren, der als Bundesminister und Erster Bürgermeister von Hamburg wirkte, 1929 der Sohn Christoph, der einer der großen Dirigenten geworden ist. Nach Promotion und Assessorexamen war Hans von Dohnanyi von 1929 bis 1939 beim Reichsgericht und im Reichsjustizministerium tätig. 1934 zum Leiter des Ministerbüros des deutschnationalen Reichsjustizministers Franz Gürtner ernannt, führte er im Einverständnis mit Gürtner ein Diensttagebuch, in dem er offensichtliche Rechtsbrüche des NS-Regimes einschließlich der Verbrechen in den Konzentrationslagern dokumentierte. Abschriften entnahm er für seine private Sammlung, in der er außerdem Materialien über hohe Staats- und Parteifunktionäre aufbewahrte. Hintergrund für diese Tätigkeit war seine

zunehmend kritische und abwehrende Einstellung zum Nationalsozialismus, die aus seiner christlich-liberalen Grundhaltung erwuchs.

1938 lernte von Dohnanyi den damaligen Oberstleutnant Hans Oster aus der von Admiral Canaris geleiteten Abwehr der Wehrmacht kennen. Beide waren der Auffassung, dass Hitler beseitigt werden müsse. Sie befanden sich damit in Übereinstimmung mit führenden Militärs, darunter Generaloberst Beck und General von Witzleben. Eine bereits vorbereitete Aktion zum Sturz Hitlers kam aufgrund der außenpolitischen Entwicklung 1938 nicht zur Ausführung.

Kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges forderte Oster 1939 von Dohnanyi für das Amt Ausland/Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht an. Mit Canaris und Oster baute er die Abwehr zu einem organisatorischen Zentrum des Widerstandes aus und arbeitete an Plänen für einen Umsturz mit. Zu dem

(Fortsetzung Seite 6)

Demokratie

braucht

Demokraten

Zeitzeugen äußern sich zur Geschichte der Weimarer Republik und zum Versuch, die Demokratie vor ihren Feinden zu schützen: das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Eine Video-Dokumentation des Historikers und Filmmachers Werner Müller, Köln

Die Zeitzeugen in Bild und Ton in einer so nicht wiederholbaren Zusammenstellung:

Helmut Albracht, Ernst Fahlbusch, Adalbert Kalbitzer, Heinrich Koth, Walter Schröder, Susanne Miller, Anneliese Renger, Heinrich Schleicher, Volkmar Zühlendorf.

Die inhaltsreiche DVD ist für Leser von **FREIHEIT UND RECHT** kostenlos. Bestellung mit gut lesbarer Adressenangabe per Briefpost oder Fax an:

ZDWV, Postfach 120617, 53048 Bonn
Fax Nr. 01888 / 9100 – 842

oder an die Redaktion, Telefon: 089 / 1576813

(Fortsetzung von Seite 4)

Widerstandskreis gehörten außerdem Dietrich Bonhoeffer, Ludwig Gehre, Karl Ludwig von Guttenberg, Justus Delbrück und Ulrich von Hassel. Von Dohnanyi leitete Berichte über Deportationen und Massenvernichtungen von Juden an höhere Militärs weiter, um diese zum Einschreiten zu bewegen. In einem vom Amt Ausland/Abwehr durchgeführten „Unternehmen Sieben“ wurde 1942 als Juden verfolgten Berliner Rechtsanwälten mit ihren Familienangehörigen als angebliche Agenten die Flucht in die Schweiz ermöglicht. Bei einem geheimen Besuch in der Schweiz hatte von Dohnanyi die Aufnahme der Flüchtlinge vorbereitet.

Unter dem Vorwand des Devisenvergehens wurde von Dohnanyi zusammen mit seiner Ehefrau im April 1943 verhaftet. Obwohl infolge einer Diphtherie-Erkrankung nahezu vollständig gelähmt, blieb er auch über den 20. Juli 1944 hinaus in Haft. Nach dem missglückten Attentat auf Hitler wurde die Widerstandsgruppe um Canaris vor allem aufgrund des Auffindens der „Zossener Akten“ ermittelt und festgenommen. Von Dohnanyi wurde im August 1944 aus dem Seuchenlazarett Potsdam in das KZ Sachsenhausen bei Oranienburg verlegt. Die Ende 1944 abgeschlossenen Ermittlungen endeten mit der Feststellung: „Der Sonderführer von Dohnanyi begründet seine Ablehnung des Nationalsozialismus mit angeblicher Rechtswillkür sowie mit dem Vorgehen des Nationalsozialismus in der Juden- und Kirchenfrage.“

Nach einem zweiten Zossener Aktenfund, bei dem die Tagebücher von Canaris entdeckt worden waren, befahl Hitler in einem Wut-anfall am 5. April 1945, die Verschwörer sofort „zu vernichten“. Kaltenbrunner, nach Heydrich Chef des RSHA, ordnete daraufhin an, gegen Canaris, Oster, Sack, Gehre und Bonhoeffer sowie gegen von Dohnanyi „SS-Standgerichtsverfahren“ durchzuführen.

Entsprechend dieser Anordnung fand am 6. April 1945 im KZ Sachsenhausen die Verhandlung gegen von Dohnanyi statt, der auf einer Triage liegend vor dem Gerichtstisch

abgestellt wurde. Das Gericht war mit 3 SS-Führern, darunter der Lagerkommandant, besetzt. Ankläger war der Regierungsdirektor und SS-Standartenführer Huppenkothen. Von der Hinzuziehung eines Verteidigers und eines Protokollführers wurde abgesehen. Hans von Dohnanyi wurde wegen „Hoch- und Kriegsverrats“ zum Tode verurteilt und vermutlich noch am selben Tag in Sachsenhausen getötet. Admiral Wilhelm Canaris, General Hans Oster, Heereschefrichter Karl Sack, Pastor Dietrich Bonhoeffer und Hauptmann Ludwig Gehre wurden am 8. April 1945 im KZ Flossenbürg ebenfalls von einem SS-Standgericht mit Huppenkothen als Ankläger zum Tode verurteilt. Im Morgengrauen des 9. April 1945 wurden die fünf Häftlinge bewusst entwürdigend in völlig nacktem Zustand durch Erhängen hingerichtet.

Durch eine Entscheidung des Landgerichts Berlin vom 1. August 1996 wurde der Öffentlichkeit bekannt, dass das Todesurteil von Flossenbürg bereits aufgrund des bayerischen Gesetzes Nr. 21 vom 28. Mai 1946 zur Wiedergutmachung strafrechtlichen NS-Unrechts mit Wirkung für das gesamte Bundesgebiet aufgehoben worden war. Obwohl diese Gesetzeslage eine Gerichtsentscheidung in der Sache nicht zuließ, hat die Berliner Strafkammer sich eine eigene Wertung nicht versagt. Weil das Verfahren in Flossenbürg nicht zur Rechtsanwendung durch unabhängige Richter, sondern der Rache an und der Vernichtung von Gegnern des Nationalsozialismus unmittelbar vor dessen Untergang gewidmet habe, wäre das Urteil des SS-Standgerichts auch nach dem Berliner Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf dem Gebiet des Strafrechts vom 5. Januar 1951 aufzuheben gewesen, denn den Machthabern sei es allein darum gegangen, Bonhoeffer und seine Mitstreiter wegen ihres Widerstandes gegen die Diktatur auszuschalten und zu vernichten. Der Zweck des Standgerichtsverfahrens habe nicht darin bestanden, die Wahrheit zu erforschen und Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen. Vielmehr sei es darum gegangen, die aufgrund ihrer Widerstandstätigkeit unbequem

gewordenen Häftlinge unter dem Schein eines gerichtlichen Verfahrens, das de facto unter Missachtung aller Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens stattfand, beseitigen zu können.

Im Gegensatz zum lediglich deklaratorischen „Bonhoeffer-Beschluss“ bedurfte es im Fall Hans von Dohnanys wegen abweichender Gesetzeslage einer Gerichtsentscheidung mit konstitutiver Wirkung. Vor 10 Jahren, am 2. Juni 1997, hat das Landgericht Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Todesurteil gegen von Dohnanyi aufgehoben und ihn rehabilitiert.

So positiv die Aufnahme der beiden Entscheidungen des Berliner Landgerichts in den Medien und der politischen Öffentlichkeit war, nannten kritische Stimmen es unnötig, die Märtyrer der NS-Zeit, die im Kampf gegen Hitler-Deutschland ihr Leben ließen, zu rehabilitieren. Denn es gebe nichts Ehrevolleres, als sein Leben im Widerstand eingesetzt und geopfert zu haben. Klaus von Dohnanyi nannte die Rehabilitierung gar ein „absurdes Ziel“, weil die Ermordeten keiner Rehabilitation mehr bedürften. Die Geschichte habe Bonhoeffer, Dohnanyi und die anderen Mitstreiter längst rehabilitiert.

Ähnliche Gedanken hat Fritz Bauer als Generalstaatsanwalt schon 1952 im Braunschweiger „Remer-Prozess“ ausgeführt: „Was die Widerstandskämpfer vollbracht haben, war das größte nationale Aktivum, mit dem wir Deutschen am Ende des Krieges den Alliierten entgegengetreten konnten. Es war das einzige Aktivum, das wir ins Feld führen konnten, als die Kollektivschuld uns ins Gesicht geschleudert wurde. Es war ein Aktivum, das wir dem Widerstandskampf und nur ihm verdanken... Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass es ausgeschlossen ist, irgendeinem Teilnehmer am 20. Juli in irgendeinem Sinne vorzuwerfen, er habe den Vorsatz gehabt, Deutschland zu schaden. Einziges Ziel ihrer Handlungen war, Deutschland zu retten. Um dessentwillen kommt der Tatbestand des Landesverrats nicht zur Anwendung... Ein Unrechtsstaat, der täglich zehntausende Morde begeht, berechtigt jedermann zur Not-

wehr... Ein Unrechtsstaat wie das Dritte Reich ist überhaupt nicht hochverratsfähig.“

Fritz Bauers Plädoyer hat uns ein beeindruckendes und schönes Bild hinterlassen: „Die Menschen in den Konzentrationslagern und die Menschen außerhalb der Konzentri-

onslager haben den Samen der neuen Demokratie gesät. Die Alliierten haben den Stein entfernt, der verhinderte, dass dieser Samen zum Licht emporkam. Als aber die Alliierten den Stein entfernten, da wuchs dieser Samen. Dieser Samen war nicht gesät von den Alliierten, dieser Sa-

men war von den deutschen Widerstandskämpfern gesät.“

Einer von ihnen war Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi, vor 62 Jahren ermordet von Verbrechern, die sich Richter nannten, vor 10 Jahren endlich auch justizförmig rehabilitiert.

NPD zwischen Erfolgen und Niederlagen

Externe und interne Bedingungsfaktoren für die Rückkehr des parteipolitischen Rechtsextremismus – 14 Thesen

Von Armin Pfahl-Traughber

1. „9,2 und 1,9 Prozent“ lautete der Titel eines Artikels in dem rechts-extremistischen Strategie- und Theorieorgan „Nation und Europa“ (Nr. 4/2005). Die Zahlen bezogen sich auf die Wahlergebnisse der NPD in Sachsen 2004 und in Schleswig-Holstein 2005. Ergänzend könnte man 0,9 Prozent für Nordrhein-Westfalen 2005 und 7,3 Prozent der Stimmen für Mecklenburg-Vorpommern 2006 hinzufügen. Wie erklären sich die seit 1968 erstmals wieder zu konstatierenden Erfolge bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland? Warum standen ihnen in Westdeutschland Wahlniederlagen gegenüber? Diesen Fragen wollen die folgenden Thesen nachgehen, wobei externe, also gesamtgesellschaftliche, und interne, also auf die NPD bezogene, Faktoren unterschieden werden. Dem folgen Betrachtungen zu den Schwächen und Widersprüchen im Rechtsextremismus.

Interne Faktoren

2. Soziale Themen werden im rechtsextremistischen Kontext propagiert. Im letzten Drittel der 1990er Jahre zeichnete sich bei der NPD eine Schwerpunktverlagerung der Agitation ab. Statt die apologetische oder verharmlosende Deutung

des Nationalsozialismus ins Zentrum zu stellen, griff man seit dem verstärkt sozial- und wirtschaftspolitische Themen im rechtsextremistischen Sinne auf. Strategen der Partei forderten eine „Nationalisierung der sozialen Frage“. Damit soll der in der Gesellschaft teilweise vorhandene Unmut über Projekte wie „Agenda 2010“ oder „Hartz IV“ angesprochen und in einem meist fremden- und systemfeindlichen Sinne ideologisiert werden. Ähnlich wie erfolgreiche rechtsextremistische Parteien in Europa erkannte man, dass in der Thematisierung von Gegenwartsfragen eine wichtige Voraussetzung für Wahlerfolge besteht.

3. Die NPD setzt auf bürgerliches Auftreten in der Öffentlichkeit. Um weg von ihrem Negativ-Image zu kommen, bemüht sich die Partei verstärkt um eine seriöse Präsentation. Ihre Strategen behaupten, man sei „bürgernäher und politikfähiger denn je“. Durch einen „moderaten Ton, ziviles Auftreten“ habe man vielerorts die „Berührungsängste des Normalbürgers“ deutlich abgesenkt („Deutsche Stimme, Nr. 5/2006). Bezogen auf bestimmte Regionen und in der Tendenz treffen derartige Einschätzungen für Teile der ostdeutschen Provinz durchaus zu. Dort gelangen der Partei selbst Wahlerfolge in Gebieten, die gerade nicht als Krisenregionen gelten, aber öffentlich engagierten NPD-

Politikern als Wirkungsfeld dienen. Die Bedeutung derartiger Einzelpersonen veranschaulicht exemplarisch die Situation in der Kleinstadt Anklam oder der Sächsischen Schweiz.

4. Im kommunalen Bereich wird mitunter engagierte Basisarbeit geleistet. Einschlägige Aktivitäten beruhen auf der Erkenntnis, dass die regionale Verankerung die Voraussetzung für eine längerfristige Etablierung als politische Kraft ist. Hierzu gehört etwa die Gründung von Bürgerinitiativen mit Bezeichnungen wie „Schöner wohnen in Anklam“ oder „Schöner wohnen in Wolgast“, womit man sich gegen den Zuzug von Ausländern wendet. Außerdem engagierte sich die NPD bereits früh gegen den Abbau von Braunkohle im Raum Lübben. Ein Bundesvorstandsmitglied mit neonazistischem Vorlauf (Thomas Wulff) lies sich in den Kreiselterrat in Ludwigslust wählen. Außerdem veranstaltet man Kinder- und Sommerfeste. Derartiges gelingt der NPD zwar nur regional und nicht flächendeckend, es soll aber dem Beginn einer derartigen Entwicklung dienen.

5. Spezifische Kultur- und Politikangebote zielen auf junge Menschen. Sowohl die Mitglieder- wie Wählerstruktur der NPD weist eine auffällige Besonderheit auf: Angehörige der Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren sind besonders stark

vertreten. Dieses Wissen führte bei den Strategen der Partei zu einer Konzentration auf junge Menschen, wofür im Wahlkampf etwa die Verwendung rechtsextremistischer Musik-CDs steht. Darüber hinaus versucht man mit Freizeitangeboten (Fußballturniere, Radtouren, Zeltlager etc.) vor allem in den ostdeutschen Ländern junge Menschen anzusprechen. Regional bildeten sich eigene rechtsextremistische Jugendkulturen mit entsprechendem Outfit heraus. Angesichts des Fehlens alternativer Angebote, sei es in Gestalt offizieller Jugendarbeit oder anderer Jugendkulturen, bestehen dort besonders gute Möglichkeiten für die Agitation der NPD.

6. Die erfolgreiche Bündnispolitik ermöglicht eine Konzentration der Kräfte. Die aktuelle Entwicklung in unterschiedlichen Teilen des Rechtsextremismus deutet zumindest eine teilweise Aufhebung der früheren Konkurrenz und Zersplitterung an. Die DVU schloss mit dem „Deutschland-Pakt“ längerfristige Vereinbarungen zu Wahlabsprachen mit der NPD, die Neonazi-Szene unterstützt zumindest zu bedeutenden Teilen die Partei. Gerade im Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern konnte der dort nur 250 Personen starke Landesverband auf deren Unterstützung zählen. Bedeutende Aktivisten der Neonazi-Szene traten mittlerweile der Partei bei und nehmen teilweise führende Funktionen oder wichtige Mandate ein. Auch das Engagement von anderen Rechtsextremisten für die NPD und der Bedeutungsverlust von DVU und REP deutet auf eine Bündelung der Potentiale um die Partei hin.

Externe Faktoren

7. Das Wahlverhalten stellt eine Reaktion von Teilen der Unterschichten dar. Betrachtet man die soziale Zusammensetzung der NPD-Wähler, so fallen einige Besonderheiten auf: Es handelt sich insbesondere um männliche Jungwähler mit formal geringer und mittlerer Bildung, die zu großen Teilen Arbeiter oder Arbeitslose sind. Außerdem wählten sie überdurchschnittlich stark die Partei aufgrund ihres Unmutes über die angeblichen und tatsäch-

lichen Folgen der sozial- und wirtschaftspolitischen Reformen. Genau auf diese Themenfelder hatte die NPD jeweils in ihren Wahlkämpfen gesetzt. Zwar konnte die Partei aus nahezu allen Bevölkerungsschichten Stimmen mobilisieren, der eindeutige Schwerpunkt liegt allerdings im Bereich der unteren sozialen Schichten. Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit stellen zwar nicht den alleinigen, aber einen wichtigen Bedingungsfaktor dar.

8. Die Zustimmung der Bevölkerung zur Demokratie sinkt. Mehrere Umfragen aus jüngster Zeit belegen diesen Trend: Laut einer Befragung des Wissenschaftszentrums Berlin von 2006 stimmen der Frage „Ist die Demokratie die beste Staatsform?“ zwar noch 71 Prozent der West-, aber nur noch 38 Prozent der Ostdeutschen zu. Nach dem ARD-„Deutschlandtrend“ ebenfalls von 2006 äußerten mit 51 Prozent erstmals mehr als die Hälfte der Befragten, sie seien mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, nicht zufrieden. Positiven Urteilen im Westen mit 53 Prozent standen nur 32 Prozent im Osten gegenüber. Zwar muss sich dieser Trend nicht notwendigerweise in dem Votum für die NPD artikulieren. Die Bereitschaft, sie zu wählen, dürfte aber in einem ähnlichen Maße steigen, wie sich Menschen von der Demokratie abwenden.

9. Es besteht ein relevantes rechtsextremistisches Einstellungspotenzial. Zwar hängen sowohl die Unzufriedenheit mit der Demokratie wie das Wahlverhalten zugunsten der NPD mit der Wahrnehmung der sozialen Situation zusammen. Gleichwohl darf dabei die inhaltliche Übereinstimmung mit den Positionen der rechtsextremistischen Partei nicht ignoriert werden. Laut unterschiedlichen Umfragen lässt sich ein entsprechendes Potenzial in der Bevölkerung – in Gestalt von Mentalitäten und Orientierungen – auf zwischen 6 und 17 Prozent beziffern. Hierzu gehören ebenso ältere Menschen, die bislang von der NPD nur weit unterdurchschnittlich als Wähler gewonnen werden konnten. Kommen Ideologie und Unmut zusammen, droht ein noch stärkeres Wahlverhalten zu-

gunsten rechtsextremistischer Parteien – auch aus anderen sozialen Bereichen und Schichten.

10. Im Osten besteht eine geringere politische Sensibilität. Hier wirkt noch ein unterschiedlicher gesellschaftlicher Umgang mit dem Nationalsozialismus nach: Die DDR plakatierte zwar, ein antifaschistischer Staat zu sein, vermied aber aus Gründen der Regimesicherung eine wirkliche gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Derartige erfolgte in der alten Bundesrepublik, wenn auch in Brüchen und Schwankungen. Gleichzeitig setzte man sich intensiver mit dem Phänomen Rechtsextremismus auseinander, das in der DDR als gesellschaftliche Erscheinungsform geleugnet wurde. Nach der Wiedervereinigung sah man im kritischen Hinweis auf fremdenfeindliche Gewalttaten oder neonazistische Gruppen vielfach eine indirekte Herabwürdigung des Ostens, was nicht selten zu einer Ignoranz gegenüber dem dortigen Rechtsextremismus in Gesellschaft und Politik führte.

11. Die etablierten Parteien sind in der ostdeutschen Provinz kaum präsent. Sie konnten in den Jahren seit der Wiedervereinigung keine – zumindest lange Zeit im Westen bestehende – enge Parteibindung vieler Wähler bewirken. Dadurch erschwerte sich im Osten der Aufbau entsprechender Strukturen, die allenfalls in größeren Städten besser entwickelt sind. In ländlicheren Regionen fehlen sie, das Feld bleibt somit anderen Kräften überlassen. Genau diese Situation nutzte die NPD in ihren Wahlkämpfen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, indem die Partei mit aufwendigen Plakataktionen auf sich aufmerksam machte. Im Unterschied zu den demokratischen Parteien, die kaum einen inhaltlichen Wahlkampf führten, sprach die NPD dabei relevante Themen wie Arbeitslosigkeit, Mehrwertsteuererhöhung oder Schulschließungen an.

Ost-West-Vergleich, Schwächen der NPD, Gegenstrategien

12. Im Osten besteht die Möglichkeit von weiteren NPD-Wahlerfolgen. Sie ergibt sich einerseits durch

die weitaus bessere organisatorische Entwicklung und personelle Verankerung der Partei, die engere Kooperation mit der Neonazi- und Skinhead-Szene und die stärkere gesellschaftliche Verankerung. Andererseits treibt die soziale Situation mit hoher Arbeitslosigkeit und schlechten Zukunftsperspektiven, der damit verbundene Unmut über die etablierte Politik sowie das Fehlen von gesellschaftlichen Gegenkräften den Rechtsextremisten Wähler zu. Dieser Unterschied erklärt auch zu großen Teilen, warum die NPD bei den letzten Landtagswahlen im Osten Erfolge und im Westen Niederlagen zu verzeichnen hatte. Offenbar will man über die Etablierung als ostdeutsche längerfristig auch die Etablierung als gesamtdeutsche Wahlpartei bewirken.

13. Der Blick auf die Erfolge der NPD darf ihre Schwächen nicht aus-

blenden. Immerhin handelt es sich hier um keine Massenpartei, verfügt sie doch über lediglich zwischen 5.000 und 6.000 Mitglieder. Selbst wenn man das unmittelbare Umfeld aus DVU-Anhängern, Neonazis und Skinheads hinzuzählt, handelt es sich noch nicht um eine wirklich bedeutsame politischen Kraft. Darüber hinaus bestehen für die gesellschaftliche Akzeptanz und kontinuierliche Wahlerfolge noch erhebliche Schwächen: Die Partei verfügt hinsichtlich der vorzeigbaren Funktionäre nur über eine schwache Personaldecke, die offen pro-nazistische Orientierung verstört viele potentielle Wähler, konkrete Alternativen zu den kritisierten gesellschaftlichen Problemen kann man nicht benennen, das Verhältnis zu den neonazistischen Bündnispartnern ist teilweise konfliktbeladen.

14. Aus den Schwächen ergeben sich Elemente einer Gegenstrate-

gie: Gerade die aggressiv-antidemokratische und pro-nazistische Ideologie erlaubt es, den extremistischen Charakter der NPD gegenüber der Bevölkerung klarer zu verdeutlichen. Auch bieten die intellektuellen und programmatischen Defizite der Partei und ihrer Funktionsträger gute Anknüpfungspunkte für eine öffentliche Kritik. Beides setzt eine ausführlichere inhaltliche Auseinandersetzung voraus. Vergleichend betrachtet dürfte ein solcher Umgang mit der NPD einfacher als mit erfolgreichen rechtsextremistischen Wahlparteien im Ausland sein. Gegenstrategien müssen sich aber auch auf die gesamtgesellschaftliche Ebene beziehen: Die etablierte Politik sollte sowohl das Vorhandensein des rechtsextremistischen Einstellungspotenzials als auch der sozialen Probleme stärker zur Kenntnis nehmen.

Treuteutsch fest im alten Dogma

Ein analytischer Blick in das neue DKP-Programm

Von Armin
Pfahl-Traugber

Am 8. April 2006 gab sich die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) anlässlich ihrer 2. Tagung des 17. Parteitages ein neues Programm. Es löst das vorherige ab, welches 1978 noch zur Zeit des „real existierenden Sozialismus“ der DDR verabschiedet wurde. Wie verarbeitete nun die DKP die Entwicklung seit 1989/1990? Lässt sich ein politischer Lernprozess ausmachen? Nähert sich die Partei demokratischen Positionen an? Oder bleibt sie ihrem traditionellen marxistisch-leninistischen Dogmatismus verhaftet? Diese Fragen sollen in der folgenden Erörterung anhand des Programmtextes beantwortet werden. Bei der damit verbundenen Analyse geht es aus einer ex-

tremismustheoretischen Perspektive um vier Gesichtspunkte:

1. Das marxistisch-leninistische Selbstverständnis

Welches Sozialismusverständnis vertritt nun die DKP in ihrem Programm? Dort heißt es: „Fundament und politischer Kompass der Politik der DKP sind die von Marx, Engels und Lenin begründeten und von anderen Marxistinnen und Marxisten weitergeführten Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus, der materialistischen Dialektik, des historischen Materialismus und der Politischen Ökonomie.“ Und weiter: „Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und der gesamtgesellschaftlichen Planung der Produktion kann in einem längeren historischen Prozess eine Ordnung menschlichen Zusammenlebens ent-

stehen, ‚worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist‘ (K. Marx/F. Engels ...).“ (S. 4f.)

Darüber hinaus finden sich im Programm keine genaueren Erläuterungen zum eigenen Sozialismusverständnis. Unmittelbar vor den zitierten Sätzen ist die Rede von der „Zerstörung des Sozialismus in Osteuropa“ (S. 4), welche als bisher tiefste Niederlage empfunden werde. An einer anderen Stelle führt man diese Entwicklung u.a. darauf zurück, dass „vor allem auch in der KPdSU – revisionistische Kräfte die Überhand“ (S. 28) gewannen. Trotz einiger eingeschränkt kritischer Anmerkungen zu dem „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa hält die DKP somit die dortigen damaligen Gesellschaftsordnungen für den Sozialismus, der auch von ihr nach wie vor eingefor-

dert wird. Demgegenüber sieht die Partei offenbar in der mit dem Namen Gorbatschow verknüpften Entwicklung in der Sowjetunion eine Abweichung vom „wirklichen Sozialismus“.

2. Die Überwindung des „Kapitalismus“ als Ziel

Zur beabsichtigten Überwindung des Kapitalismus heißt es: „Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.“ (S. 3) Die Durchsetzung der elementaren Menschenrechte sei nur in einer Gesellschaft auf Basis des Gemeineigentums an Produktionsmitteln möglich. Hierbei handele es sich um den Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaftsformation. Und an einer anderen Stelle heißt es: „Der Sozialismus kann nicht auf dem Weg von Reformen, sondern nur durch tief greifende Umgestaltungen und die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden.“ (S. 28)

In diesen beiden Zitaten fordert man als Mittel für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus deutlich eine Revolution, also einen gewalttätigen Akt zur grundlegenden Veränderung eines gesellschaftlichen oder politischen Systems. In diesem Sinne verstanden auch Marx, Engels und Lenin – auf alle drei bezieht sich die DKP in ihrem Programm ausdrücklich – diesen Terminus. Berücksichtigt man außerdem das Verständnis von Reform und Revolution im Sprachgebrauch der kommunistischen Bewegung, so bestätigt sich dieser Eindruck noch. Zwar ist die stark überalterte und lediglich zwischen 4000 und 5000 Mitglieder starke Partei sicherlich nicht ansatzweise zu einem solchen Schritt in der Lage. Im politischen Selbstverständnis beabsichtigt man so etwas aber sehr wohl.

3. Ideen- und realgeschichtliche Selbstverortungen

Zu historischen Selbstverortungen heißt es: „Die weltanschauliche

Grundlage für die sozialistische Zielsetzung der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, die Theorie von Marx, Engels und Lenin.“ (S. 21) Und weiter: „Die DKP steht in der Tradition der kommunistischen Bewegung. Sie ist hervorgegangen aus dem mehr als 150-jährigen Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung ... Die DKP knüpft an die Tradition des ‚Bundes der Kommunisten‘, der revolutionären Sozialdemokratie, des Spartakusbundes und der KPD an. ... Sie kämpft im Geiste und im Sinne von August Bebel, Wilhelm Liebknecht, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Ernst Thälmann, Wilhelm Pieck und Max Reimann.“ (S. 44)

Demnach beruft sich die DKP ausdrücklich auf Lenin, der nach dem Stand der aktuellen Forschung hinsichtlich seiner Repressionspolitik als Vorläufer und Wegbereiter Stalins einzuschätzen ist. Betrachtet man allerdings noch die anderen Bezeichnungen und Namen, so fällt auch ein positives Verhältnis zu der pro-stalinistischen Phase der Geschichte des Kommunismus in Deutschland auf. Mit Pieck, Reimann, Thälmann und Zetkin benennt die DKP politische Vorbilder, die aktiv die KPD-Politik im Auftrag Stalins mitgetragen haben. Gleichzeitig bekennt sie sich auch offen dazu, an die Tradition der Partei in diesen Phasen anzuknüpfen. Mit einer derartigen Selbstverortung steht die DKP in eindeutigem Gegensatz zu den Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates.

4. Das Bild vom „real existierenden Sozialismus“ der DDR

Und zum SED-Staat heißt es: „Die DDR, ihr konsequenter Antifaschismus, ihr Eintreten für Frieden, Entspannung und Abrüstung sowie die Verwirklichung elementarer sozialer Grundrechte gehören zu den größten Errungenschaften der deutschen Arbeiterbewegung und sein Teil des humanistischen Erbes in Deutschland.“ (S. 25) Und weiter: „Die DKP stand an der Seite der

DDR, jenes Staates, in dem 40 Jahre lang die Macht der Konzerne und Banken beseitigt war, jenes Staates, der als einziger in der bisherigen deutschen Geschichte konsequent für Frieden und gegen Krieg eintrat, der konsequent Solidarität mit den Völkern der Entwicklungsländer übte und der konsequent antifaschistisch war.“ (S. 45) Über die Gründe für den Niedergang der DDR habe man noch keine abschließenden Erklärungen gefunden.

Zwar bemerkt man darüber hinaus, dass die „staatliche Durchdringung aller Bereiche der Gesellschaft ... die Eigeninitiative gehemmt“ habe und die „gesellschaftlichen Verhältnisse zunehmend erstarrten“. Aber eine wirkliche Auseinandersetzung mit den Bedingungsfaktoren für diese Entwicklung findet man nicht. Allenfalls wird auf die „dauernde äußere Bedrohung durch die imperialistischen Mächte“ und das „Ergebnis der äußeren und inneren Konterrevolution“ (S. 26f.) verwiesen. Gerade die diktatorische Komponente der DDR, die keine freie und offene inner-marxistische Diskussion ermöglichte, findet noch nicht einmal ansatzweise eine kritische Kommentierung. Statt dessen lobt man die dortige Diktatur als „Teil des humanistischen Erbes in Deutschland“.

Zusammenfassung

Bilanzierend betrachtet zeigen Auszüge und Kommentare aus dem neuen Parteiprogramm der DKP, dass die Partei sich hinsichtlich ihrer ideologischen Ausrichtung kaum geändert hat. Zwar findet man im Text einige eingeschränkt und verhalten kritische Anmerkungen zur politischen Entwicklung in der DDR. Dem steht aber das Bekenntnis zur Politik dieser kommunistischen Diktatur und zur pro-stalinistischen Traditionslinie im deutschen Kommunismus gegenüber. Die mitunter im Programm enthaltenen Selbstzuschreibungen als „demokratisch“ können daher als bloße „Lippenbekenntnisse“ gelten. Eine Anerkennung der Normen und Regeln des demokratischen Verfassungsstaates lässt sich somit nicht feststellen: Die DKP bleibt eine extremistische Partei marxistisch-leninistischen Typs.

Ein vergessenes Schicksal

Die Tötung eines DDR-Grenzsoldaten durch seinen Kameraden

Von Hans-Jürgen
Grasemann

Zu den Opfern des DDR-Grenzregimes zählen auch Grenzsoldaten, die durch Kameraden bei deren Flucht erschossen wurden. Die für die Täter nach ihrer Flucht zuständig gewordenen westdeutschen Strafgerichte haben zwar ausnahmslos den Grundsatz vertreten, dass ein fremdes Menschenleben nicht der Preis der eigenen Freiheit sein kann und dass einem DDR-Grenzsoldaten, der sich den Weg nach Westen „freischiesst“, nicht von vornherein Notwehr oder Notstand zugebilligt werden kann. Doch wurden auch die persönliche Bedrängnis, Unreife und bisherige Unbescholtenheit im Einzelfall berücksichtigt. Das auch insoweit in jeder Hinsicht tragische Geschehen gehört ebenfalls zur Bilanz des Grenzregimes der DDR.

Einer jener Fälle, die im Gegensatz zur Tötung von DDR-Flüchtlingen durch Anwendung des „Schießbefehls“ weniger Anteilnahme in der breiten Öffentlichkeit auslösten, geschah 1982 nahe Oebisfelde.

Der damals 19 Jahre alte D., der erst am 26.4.1982 von Halberstadt aus zur 4. Grenzkompagnie nach Sommersdorf an die Grenze zur Bundesrepublik Deutschland gekommen war und dort eine konkrete Möglichkeit sah, seine latent vorhandenen Fluchtpläne zu realisieren, verrichtete erstmals am 2.5.1982 Grenzdienst an der Interzonenbahnstrecke gegenüber von Oebisfelde. Die Grenzbegehung sowie dienstliche Unterweisungen und Gespräche mit Kameraden hatten ihm klar gemacht, dass die Grenze dort nicht so hermetisch abgeriegelt war, dass eine Flucht von vornherein aussichtslos erschien. Die Hundelaufanlage war nur teilweise besetzt. Stellenweise waren keine Tretminen vorhanden. Am 3,20m hohen Metallgitterzaun, auf dem oben Stacheldrahtrollen aufgezogen waren,

waren keine Selbstschussanlagen (SM 70) montiert.

Diese Gegebenheiten sah D. als so günstig und einmalig an, dass er sich entschloss, während des Streifendienstes in der Nacht vom 4./5.5.1982 in den Westen zu gehen. Sein



Der Autor:

Dr. Hans-Jürgen Grasemann, geb. 1946, ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 stellv. Leiter und Sprecher der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Er verfasste zahlreiche Abhandlungen und hielt viele Vorträge zur deutschen Diktaturvergangenheit von 1933 bis 1989. Seit 2006 ist er Vorsitzender des Vorstandes des Trägervereins der Politischen Bildungsstätte Helmstedt e.V.

Streifenführer war der 24 Jahre alte Gefreite K., über dessen politische Einstellung er nichts wusste. Bis zum Einbruch der Dunkelheit hielten sich beide auf dem Beobachtungsturm auf. Jeder von ihnen war ausgerüstet mit einer Maschinenwaffe und einem eingeführten Magazin mit 30 Schuss Munition. Da auf dem Turm die Waffen angelehnt

an der Wand standen, kam D. der Gedanke, das Leichtmaschinengewehr des K. aus dem Fenster zu werfen, den so entwaffneten Streifenführer sodann im Turm einzuschliessen und zu fliehen. Er warf diesen Gedanken aber wieder, weil er befürchtete, dass ihn der grössere und kräftigere Gefreite K. überwältigen würde.

In der anschliessend aufgesuchten Erdbeobachtungsstelle überlegte D. weiterhin, wie er seine Flucht ermöglichen könnte. Ihm kam nun die Idee, K. mit vorgehaltener Waffe zu zwingen, seine eigene Waffe niederzulegen. Danach wollte er über eine leere Hundehütte den Metallgitterzaun überwinden. Den Gedanken, wie er sich verhalten würde, wenn K. Widerstand leistete, verdrängte er. Obwohl K. seine Waffe in der Beobachtungsmulde neben sich abgestellt hatte, nahm D. davon Abstand, K. mit vorgehaltener Waffe zu zwingen, ihn nicht an der Flucht zu hindern.

Im Urteil der 2. Strafkammer (Jugendkammer) des Landgerichts Braunschweig vom 20.12.1982 wird das tödliche Geschehen geschildert:

„Er (D.) hoffte, einen anderen Weg finden zu können, bei dem er keine Gewalt anwenden müsste. Er wusste aus Gesprächen mit jungen Leuten der DDR, dass viele von ihnen am liebsten in der Bundesrepublik Deutschland leben würden. Da er den Gefreiten K. nicht als Schleifer oder überzeugten Anhänger des DDR-Regimes kennengelernt hatte, hoffte er, dass K. vielleicht mit ihm fliehen würde. Er fragte deshalb den Gefreiten K. gegen 2.10 Uhr, als er etwa 2 m rechts von ihm stand: ‚Pass auf, kommst Du mit in den Westen?‘ Die naheliegende Möglichkeit, dass der Streifenführer K. auf diese Worte seiner Pflicht nachkommen und ihn festnehmen könnte, hatte er nach seiner unwiderlegbaren Einlassung bis dahin nicht bedacht. K. gab auf die Frage des Angeklagten keine Antwort. Er

Ein vergessenes Schicksal

sprang hoch, griff zur Waffe, brach sie in Richtung des Angeklagten in Anschlag und duckte sich in der Mulde ab.

Anhand dieser Bewegungen des Gefreiten K., den er im Licht der Lichterkette in Umrissen erkennen konnte, war dem Angeklagten nun schlagartig klar, dass K. seine Flucht verhindern und ihn festnehmen wollte mit der Konsequenz, dass er dann in der DDR eine lange Freiheitsstrafe zu verbüßen hätte und nicht in den Westen gelangen konnte.

Anhaltspunkte dafür, dass ihn der Gefreite K. entgegen den bestehenden Vorschriften ohne weiteres erschossen würde, hatte er nicht. Er nahm dies auch deshalb nicht an, weil er nicht gehört hatte, dass K. sein LMG schon durchgeladen hatte; denn das Durchladen ist mit einem lauten Geräusch verbunden, das er nicht überhören konnte. Um seiner sicheren Festnahme zu entgehen und K. ausserstande zu setzen, seine Flucht zu verhindern, legte der Angeklagte, ehe K. zu weiteren Maßnahmen kam, mit geübten Griffen den Sicherungshebel seiner Maschinenpistole auf Einzelfeuer um, lud durch und drückte ab. Die Waffe mit dem Lauf nach vorn hat er dabei auf den Streifenführer gerichtet. Dieser war für den Angeklagten vom Oberkörper an sichtbar, im Übrigen war K. von der Mulde verdeckt. Insgesamt schoss der Angeklagte in schneller Folge 4 Mal auf den Gefreiten K. Zu jedem Schuss musste er erneut abdrücken ...“

Der 24-jährige K. verstarb noch am Ort. Gegen D. wurde unmittelbar nach seiner Flucht noch am 5.5.1982 durch das Amtsgericht Helmstedt Haftbefehl erlassen. Die Jugendkammer des Landgerichts Braunschweig, die D. am 20.12.1982 wegen Totschlags zu einer Jugendstrafe von 5 Jahren verurteilte, hat das Vorliegen niedriger Beweggründe und damit den Straftatbestand des Mordes verneint, weil D. „in Sekundenschnelle den Weg der Ausschaltung des Streifenführers gewählt und seine Waffe gegen ihn eingesetzt“ habe, nachdem er, weil K. zur Waffe griff, sich vor die

Alternative gestellt sah, seine Flucht aufzugeben, festgenommen und wegen versuchter Fahnenflucht und versuchter Republikflucht zu langjähriger Freiheitsstrafe in der DDR verurteilt zu werden. Auch das Mordmerkmal der Heimtücke wurde mit der Begründung verneint, dass der Streifenführer nicht in hilfloser Lage überrascht worden sei. Vielmehr sei es K. gewesen, der sein LMG zuerst in Anschlag gebracht und erst dadurch die Entscheidung des D. ausgelöst habe, auf ihn zu schießen. Andererseits wäre K. berechtigt gewesen, D. wegen seiner erkennbar strafbaren Vorbereitung zur Fahnenflucht festzunehmen. Da im Widerstreit zwischen Freiheit und Leben das Leben Vorrang habe, könne sich D. nicht auf einen rechtfertigenden Notstand berufen.

Als straferschwerend hat die Jugendkammer gewertet, dass D. einen Kameraden erschossen hat, der ihm nicht feindlich gesinnt war und mit dem er auf Posten stand. Auch sei ihm mit knapp 20 Jahren die Wertigkeit eines Menschenlebens hinreichend bewusst. Mildernd hat das Landgericht berücksichtigt:

„Der Angeklagte befand sich bei der Tat in einem psychischen Spannungszustand. Er musste seine Entscheidung – Aufgabe der Flucht mit allem Konsequenzen oder Ausschaltung des Streifenführers – in aller kürzester Zeit treffen. Er hat nicht von vornherein vorgehabt, K. zu töten, und er hat dies auch nur mit bedingtem Vorsatz getan.

Dass ein unbescholtener junger Mann eine derart schwere Tat begangen hat, erklärt sich letztlich auch aus der mitten durch Deutschland führenden Grenze. Die DDR-Führung weiss, dass viele, auch gerade junge Leute, sich in ihrem Staat eingeklemmt fühlen und es ihnen erstrebenswert erscheint, ein Leben in einer freiheitlichen Grundordnung zu führen, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland besteht. Durch die Befestigung ihrer Grenze macht sie es ihnen aber unmöglich, in den anderen Teil Deutschlands zu wechseln. Wenn dann derselbe Staat seine 19- und 20-jährigen

Männer, die oft noch unfertig und in ihrem Urteil unausgewogen sind, mit einer Waffe in der Hand an diese Grenze stellt, so führt er manchen geradezu in die Versuchung, die auf einmal so greifbar nahe Grenze unter Umständen auch unter Einsatz der Waffe zu überwinden. Diese Versuchung, mit der nicht jeder fertig wird, kann, wenn ihr jemand unterliegt, so tragisch enden wie im Fall des Postenpaares D. und K.“

In der DDR wurde D. in Abwesenheit am 17.5.1983 vom 1. Strafsenat des Militärobergerichts in Berlin wegen Mordes zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt. Das Braunschweiger Urteil wertete das DDR-Gericht als Versuch, „den Mörder dem ordentlichen Gerichtsverfahren in dem Staat zu entziehen, auf dessen Territorium das Verbrechen geschah, dessen Staatsbürgerschaft das Opfer besass und dessen Personalhoheit der Täter unterliegt“. Im Übrigen sei der Strafausspruch der Jugendkammer in Braunschweig „skandalös niedrig“. Des Weiteren drohten die Militär Richter in Ost-Berlin damit, „dass Mörder von Angehörigen der Grenztruppen die verdiente Strafe trifft, auch wenn sie glauben, sich der Verantwortung entziehen zukönnen“.

Seit dem Ende des Grenzregimes und seines Staates ist die Gefahr für D. entfallen, Opfer einer Entführung oder gar eines Tötungsplans durch das Ministerium für Staatssicherheit der DDR zu werden – wie in anderen Fällen geschehen.

Zur Bilanz der DDR-Grenzsicherung, die für jedermann der sichtbare Beweis der Exekutierung von Unrecht mit Betonmauern, Stacheldrahtrollen, Metallgitterzäunen, Schiessbefehl, Minenfeldern und mörderischen Selbstschussautomaten war, gehören mithin nicht nur die Menschen, deren Flucht im Kugelhagel von Grenzsoldaten tödlich endete, sondern auch die mehr als 20 Grenztruppenangehörigen, die durch eigene Kameraden bei deren Flucht an der Grenze erschossen wurden – wie in der Nähe von Oebisfelde der Gefreite K., der nur 24 Jahre alt wurde.

Vertrieben aus Leipzig – heimisch geworden in Jerusalem

Die Chemikerin Esther Bamberger wurde vor 100 Jahren geboren

Von Gerald Wiemers

An der Universität Leipzig war sie als polnische Staatsangehörige eingeschrieben. Abgeschlossen hat sie ihre Promotion als Engländerin. Esther Bamberger, geborene Dym, wurde vor 100 Jahren, am 5. Dezember 1906, in Przeworsk als Tochter des selbständigen jüdischen Kaufmanns Chaim Dym und seiner Ehefrau Chana geboren. Sie besuchte zunächst die Volksschule ihrer Heimatstadt, dann die Höheren Schulen in Berlin und abschließend in Leipzig. 1926 legte sie das Abitur an der II. Studienanstalt in Leipzig ab. Diese Studienanstalt war aus der reformpädagogischen Hugo-Gaudig-Schule hervorgegangen. Die Dym wohnen in der Pfaffendorfer Straße 16, und nicht weit davon entfernt, in der Döllnitzer Straße, befand sich die Schule.

Bereits im Sommersemester 1926 studierte Esther Dym in Leipzig Chemie. Das Studium der Naturwissenschaften war damals noch außergewöhnlich für eine Frau. Sie wechselte 1927/28 für zwei Semester an die Universität Würzburg und legte ihr erstes Examen im Chemischen Labor ab. Bereits 1929 ist sie wieder in Leipzig und besteht das zweite Examen. Seitdem arbeitet sie an ihrer Dissertation. Unter Leitung des Privatdozenten Dr. Arnold Weissberger, schreibt sie später, konnte die Arbeit zu Ostern 1932 abgeschlossen werden. Die Dissertationsschrift setzt sich aus zwei Teilen zusammen: Erstens „Über die Geschwindigkeit der Autoxydation“ und zweitens „Über die Reaktion des Diazoessigesters mit Säuren im Gaszustand“.

Ein Teil der Arbeit ist veröffentlicht in Justus Liebig's *Annalen der Chemie*, Band 502. Ihr jüdischer Lehrer

Arnold Weissberger, der bald in die USA emigrierte, schrieb in seinem Gutachten: „Auch bei dieser Arbeit hat sich Frl. Dym als sehr fleißig und überlegt erwiesen und die Fähigkeit gezeigt, die ihr gestellten Aufgaben kritisch und verständnisvoll zu lösen.“ Der Chemiker Burckhardt Helferich stimmte dem Gutachten seines Kollegen vollinhaltlich zu. Die mündliche Prüfung fand am 12./13. Dezember 1932 statt. Helferich prüfte in Chemie, Peter Debye, der spätere Nobelpreisträger, in Physik und Léon Lichtenstein, den das NS-Regime 1933 in den Tod trieb, in Mathematik. „Erfreuliche Kenntnisse und klares Verständnis“ bescheinigte ihr Helferich und sie bekam von allen drei Prüfern gute Noten, wie übrigens auch für die Dissertation.

Zu ihren Leipziger akademischen Lehrern rechnet Esther Dym neben den genannten Persönlichkeiten noch die Chemiker Arthur Hantzsch und Franz Hein, den Zoologen Jürgen Harms, den Mathematiker Paul Koebe, den physikalischen Chemiker Max Le Blanc und die Physiker Otto Wiener und Gregor Wentzel, ein Theoretiker aus der Sommerfeld-Schule, der bereits in Zürich lehrte.

Als Esther Dym im März 1933 in Würzburg Dr. I.D. Bamberger (1902–1974) heiratete, war für das Ehepaar längst klar, dass sie im nationalsozialistischen Deutschland keine Zukunft hatten. Sie emigrierten noch im August des gleichen Jahres in das englische Mandatsgebiet Palästina. Fortan galten sie als englische Staatsbürger.

Ihr Ehemann, Bernhard Seligmann Bar (hebräisch: Izchak Dov, deshalb I.D.) Bamberger, kommt aus einer angesehenen Nürnberger Rabbiner-

familie und war im umfassendsten Sinn Anglist und jüdischer Religionslehrer. Er hat in Jerusalem bis 1952 gelehrt, ein vielbeachtetes Lehrbuch geschrieben und war anschließend bis 1968 als Chefinspektor für den Englischunterricht im Erziehungsministerium in Jerusalem tätig.

Der Druck der Dissertation von Esther, der zur Aushändigung der Promotionsurkunde führte, verzögerte sich bis 1935, weil Frau Bamberger die Angelegenheit aus Jerusalem organisieren musste. Das geschah einerseits mit Hilfe ihrer Eltern, die erst später Deutschland verlassen konnten, und mit Hilfe der Professoren Ludwig Weickmann und Burckhardt Helferich.

1948 gehörte die Familie Bamberger mit der Begründung des Staates Israel zu den ersten Bürgern des neuen Staates. Ihre beiden Kinder Elchanan und Naomi wurden 1934 und 1940 geboren.

Das Institut für Chemie ist 1924, noch ein Jahr vor der Eröffnung der Hebrew University in Jerusalem durch Chaim Weizmann, den späteren Präsidenten des Staates Israel, mit begründet worden. In dieses herausragende Institut trat Esther Bamberger ein und leitete an der dortigen Universitätsbibliothek die Abteilung für Physik und Chemie. Sie genoss in ihrem Amt hohes Ansehen.

Sie starb viel zu jung, mit 56 Jahren am 24. Februar 1963 in Jerusalem. Die Universität Leipzig ist stolz darauf, dass Esther Bamberger zu ihren Studierenden und Promovendinnen gehörte und wird ihr Andenken stets in Ehren bewahren.

Der Autor:

Professor Dr. Gerald Wiemers, Historiker, Archivwissenschaftler, Universitätsarchiv Leipzig

Chronik antisemitischer Vorfälle 2006

Zusammenstellung von Anton Maegerle

JANUAR

Barth/Mecklenburg-Vorpommern: Mit Brandkörpern „radieren“ Unbekannte in der Silvesternacht das Gesicht eines inhaftierten jüdischen KZ-Häftlings auf einer Stele des Lern- und Gedenkpfades am ehemaligen KZ-Außenlager Barth (Mecklenburg-Vorpommern) aus. Die Säule zeigt Porträts von Häftlingen, die in dem Lager inhaftiert waren und für die NS-Rüstungsindustrie auf dem alten Barther Fliegerhorst ausgebeutet wurden. (Ostsee-Zeitung v. 17. Januar 2006)

Taufkirchen/Bayern: „Tötet alle Juden“ wurde vermutlich in der Nacht zum 22. Januar auf eine Wand der Reithalle im bayerischen Taufkirchen gesprüht. (Dorfener Anzeiger v. 23. Januar 2006)

Brandenburg/Brandenburg: Vermutlich in der Nacht zum 25. Januar wurden mehrere Ehrentafeln auf dem Jüdischen Friedhof von Brandenburg (Havel) mit Hakenkreuzen und Sig-Runen beschmiert. (Berliner Kurier v. 26. Januar 2006)

Hückerholz/Nordrhein-Westfalen: Ende Januar haben unbekannte Täter den Gedenkstein für die 1944 im nordrhein-westfälischen Hückerholz von zwei SS-Männern ermordete Jüdin Franziska Spiegel geschändet. Die Gedenkplatte wurde entfernt, an ihrer Stelle ein Hakenkreuz in grüner Farbe aufgesprüht. (Neue Westfälische v. 31. Januar 2006)

FEBRUAR

Berlin: In der Nacht zum 3. Februar wurden in den Berliner Stadtteilen Rudow und Lichtenberg mehrere antisemitische und rechtsextreme Schmierereien entdeckt. (TAZ v. 4. Februar 2006)

Wismar/Mecklenburg-Vorpommern: In Wismar stand im Februar wochenlang die Parole „Kauft nicht bei Juden“ in der Breiten Straße an einer Häuserwand. (Schweriner Volkszeitung v. 29. Mai 2006)

MÄRZ

Merzig/Saarland: Am 1. März wurde entdeckt, dass Unbekannte den Jüdischen Friedhof im saarländischen Merzig verwüstet haben. Beim dritten Anschlag auf den Merziger Friedhof seit 2000 wurden 15 Grabsteine umgeworfen oder zerschlagen. (Jüdische Allgemeine v. 6. April 2006)

Chemnitz/Sachsen: In der Nacht des 7. März haben unbekannte Täter vor dem jüdischen Restaurant „Shalom“ in Chemnitz einen Schweinskopf mit einem Davidstern und der Aufschrift „Jude“ abgelegt. (Lausitzer Rundschau Online v. 8. März 2006)

Berlin: In der Nacht zum 11. März wurde das jüdische Mahnmal in der Berliner Levetzowstraße in Tiergarten mit antisemitischen Parolen beschmiert. (ddp v. 11. März 2006)

Obernkirchen/Niedersachsen: Die Gedenkstätte am ehemaligen Standort der Synagoge in Obernkirchen (bei Bückeburg) wurde am 12. März mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Am 21. März wird entdeckt, dass der Jüdische Friedhof in Obernkirchen geschändet wurde. Mehrere Gräber wurden mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Tat steht vermutlich in Verbindung mit einer anderen Aktion: am gleichen Tag wurden Rudolf-Heß-Bilder in der Stadt geklebt. (Landes-Zeitung Bückeburg v. 22. März 2006)

Lüdenscheid/Nordrhein-Westfalen: Am 22. März fand vor dem Lüdenscheider Jugendschöffengericht eine Verhandlung wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung statt. Zwei

18-Jährige hatten im Mai 2005 eine Party dazu genutzt, um einen 20-jährigen Unbekannten zu verprügeln, weil sie dachten, er sei Jude. Die Täter wurden zu einer Jugendstrafe auf Bewährung bzw. Jugendarrest verurteilt. (Westfälische Rundschau v. 23. März 2006)

APRIL

Cottbus/Brandenburg: Unbekannte haben in der Nacht zum 5. April ein Gebäude der jüdischen Gemeinde in Cottbus mit Hakenkreuzen und dem Spruch „Juden raus“ beschmiert. Nach Angaben der Polizei wurden zudem rechtsextreme Parolen an dem Gebäude entdeckt. Hakenkreuzschmierereien und antisemitische Parolen wurden darüber hinaus auch noch in zwei weiteren Stadtteilen entdeckt. (ddp v. 5. April 2006/Jüdische Allgemeine, 15/16–2006)

Amberg/Bayern: Die Eingangstür und ein Mauersockel der Synagoge in der bayerischen Stadt Amberg wurden mit antisemitischen Äußerungen verunstaltet. Die Tat wurde Mitte April entdeckt. (Radio Ramasuri v. 15. April 2006)

Worms/Rheinland-Pfalz: In der Nacht vom 18. auf den 19. April wurden mehrere Gräber auf dem Jüdischen Friedhof in Worms geschändet. 15 Grabsteine wurden auf dem ältesten Jüdischen Friedhof Europas aus der Verankerung gerissen. (Wormser Zeitung v. 24. April 2006)

Bebra/Hessen: In der Nacht zum 21. April wurden auf dem Jüdischen Friedhof in Bebra insgesamt 28 Grabsteine mit verfassungswidrigen Kennzeichen wie Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Die Betonpfeiler am Eingang zum Friedhof und ein Hinweisschild wurden ebenfalls mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. (Osthessen-News v. 25. April 2006)

Görlitz/Sachsen: Am 21. April stellt die Polizei fest, dass die Görlitzer Synagoge von Unbekannten beschädigt wurde. Die Täter warfen neun Fenster des jüdischen Gotteshauses ein. Die 1911 geweihte Synagoge in Görlitz ist die einzige in Sachsen, die unzerstört die Pogromnacht 1938 überstand. (ddp v. 21. April 2006)

Berlin: Am frühen Morgen des 30. April wurde eine 26-jährige Studentin in Berlin-Steglitz von einer Mädchengang verprügelt. Die Studentin, die sowohl die deutsche als auch israelische Staatsbürgerschaft besitzt, hatte per Handy hebräisch mit einem Freund in Israel telefoniert. Nach dem ersten Schlag wurde die Studentin von einem der Mädchen gefragt, welcher Nationalität sie sei. (Tagesspiegel v. 5. Mai 2006)

MAI

Dessau/Sachsen-Anhalt: Die Mitglieder der Dessauer Hip Hop-Band DissauCrime mussten sich ab dem dem 4. Mai 2006 vor dem Dessauer Amtsgericht verantworten. Die vier Hip-Hopper hatten Songs mit antisemitischen und menschenfeindlichen Texten veröffentlicht. „Ich schieße mit der Flak auf das Judenpack“ heißt es im Machwerk „Gestapo aus dem Osten“ der CD „Zyklon D – Frontalangriff“. Die Bandmitglieder wurden wegen Volksverhetzung und Gewaltverherrlichung verurteilt. (Mitteldeutsche Zeitung vom 5. Mai 2006/Mitteldeutsche Zeitung v. 5. Oktober 2006)

Pirna/Sachsen: Am Abend des 8. Mai haben rechtsextreme Jugendliche in Pirna eine Schülergruppe aus dem baden-württembergischen Heilbronn verbal beleidigt und körperlich angegriffen. Ein 17-Jähriger wurde im Zuge der Fahndung wegen antisemitischer Anfeindungen und Körperverletzung verhaftet. (dpa v. 9. Mai 2006)

Birnau/Baden-Württemberg: Mitte Mai wurde der Gedenkstein für die KZ-Opfer auf dem Friedhof bei Birnau mit einem Hakenkreuz geschändet. (Südkurier v. 14. Mai 2007)

Berlin: Im Berliner Stadtteil Hellersdorf, Ortsteil Kaulsdorf, wurden am 25. Mai aus einer Wohnung antisemitische Parolen gerufen und Lieder mit volksverhetzendem Inhalt gespielt. Einige der zehn Feiernden waren der Polizei bereits wegen rechtsextremer Straftaten bekannt. Mehr als 60 CDs wurden beschlagnahmt. (Frankfurter Rundschau v. 27. Mai 2006/Tagespost v. 27. Mai 2006)

JUNI

Pretzien/Sachsen-Anhalt: Beim „Tanz zur Sommersonnenwende mit kulturellem Programm und Sonnenfeuer“ am 24. Juni im Dorfgemeinschaftshaus „Alter Krug“ in Pretzien (Landkreis Schönebeck) verbrannten Mitglieder des rechtsextremen „Heimat Bundes Ostelbien“ (HBO) das „Tagebuch der Anne Frank“. (Volksstimme v. 30. Juni 2006)

Berlin: In der Nacht zum 29. Juni wurde das Geburtshaus von Heinrich Stahl in Alt-Rudow mit einem Hakenkreuz beschmiert. Stahl, einst Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, wurde während der NS-Zeit ermordet. (Mitteilung v. 29. Juni 2006)

Alsbach/Hessen: Ende Juni wurden Hakenkreuze und weitere Schmierereien auf die Mauer des Jüdischen Friedhofs in Alsbach gesprüht. (Pressemitteilung der Polizei Südhessen v. 30. Juni 2006)

JULI

Berlin: Am 5. Juli wurde in der Straße Alt-Rudow im Berliner Bezirk Neukölln an einer Hauswand ein antisemitischer Schriftzug und ein Hakenkreuz entdeckt. Zudem wurde erneut eine Gedenktafel für den jüdischen Schriftsteller Heinrich Stahl beschmiert und dadurch unkenntlich gemacht. (ddp v. 5. Juli 2006)

Viersen/Nordrhein-Westfalen: In der Nacht des 17. Juli wurde in Viersen ein Mahnmal zur Erinnerung an den Holocaust, das an die Opfer des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau erinnert, zerstört. Dabei wurden antisemitische Parolen wie „Verrecken sollen die Juden!“ gebrüllt. Nach der Tat wurden zwei 22 und 23 Jahre alte Männer festgenommen. Bei Vernehmungen durch die Polizei wiesen die Männer auf zwei weitere Täter hin. Unter ihnen war ein 20-jähriger Viersener, der dem Staatsschutz bereits wegen einer Vielzahl rechtsextremer Straftaten aufgefallen war. (Pressemitteilung der Polizei Mönchengladbach v. 17. Juli 2006)

Königs Wusterhausen/Brandenburg: Weil er eine Israel-Fahne mit sich getragen hat, haben in Königs Wusterhausen zwei junge Rechtsextremisten am 17. Juli einen Touristen einer österreichischen Reisegruppe angegriffen. Die beiden bislang unbekannt Täter im Alter von etwa 18 bis 20 Jahren hätten dem 43-jährigen Österreicher die Fahne entrissen und ihn mit antisemitischen Äußerungen beschimpft, sagte ein Polizeisprecher. Sie hätten zudem gedroht, die Flagge zu verbrennen. Ein weiterer Österreicher sei eingeschritten und habe die Fahne an sich genommen. Der 38-Jährige wurde bei der anschließenden gewalttätigen Auseinandersetzung leicht verletzt. (ddp v. 18. Juli 2006)

AUGUST

Berlin: Am 8. August berichteten Berliner Medien, dass die Polizei vor Verletzungsgefahr beim Abreißen von Plakaten mit rechtsextremem Inhalt warnt. So seien in Lichtenberg Plakate entdeckt worden, bei denen die Täter Glassplitter in den Kleister gemischt hätten. In volksverhetzenden Texten werde unter anderem behauptet, schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges sei das „international agierende Welt-

judentum“, sagte ein Polizeisprecher. Wer sich über die antisemitischen Texte oder Abbildungen ärgere und die Blätter selbst entferne, riskiere schwere Schnittwunden. (Tagesspiegel online/ddp v. 8. August 2006)

Berlin: Am 12. August wurden Schmierereien am Holocaust-Mahnmal in Berlin von Mitarbeitern des Objektschutzes entdeckt. Die Graffiti befand sich an einem Waggon, der an die Deportation der Juden in die Vernichtungslager erinnern soll, und an mehreren Granitblöcken. Außerdem entdeckten Polizisten im Treptower Ortsteil Altglienicke Schmierereien mit NS-Symbolen sowie antisemitische Parolen an einer Autobahnbrücke. (ddp v. 12. August 2006)

SEPTEMBER

Höchberg/Bayern: In der Nacht zum 17. September wurde der jüdische Gedenkstein vor der Höchberger Präparandenschule mit einem Hakenkreuz und antisemitischen Parolen geschändet. (Mainpost v. 19. Oktober 2006)

Flensburg/Schleswig-Holstein: Die TAZ machte im September öffentlich, dass jüdische Schüler der Freien Waldorfschule Flensburg immer wieder von rechtsorientierten Schülern antisemitisch beschimpft wurden. Dabei fielen Sprüche wie „Juden in die Gaskammer“. (TAZ Nord v. 21. September 2006)

Berlin: Die zweite Mannschaft von TuS Makkabi wurde am 26. September im Kreisligaspiel bei der VSG Altglienicke II so lange beschimpft und bedroht, bis die Spieler vom Platz gingen. „Synagogen müssen brennen“, „Führer, Führer, Führer“, „Wir bauen euch eine U-Bahn nach Auschwitz!“, „Hier regiert nicht der DFB, hier regiert die NPD!“ und andere Widerwärtigkeiten wurden lautstark von einer Gruppe von mindestens zehn Zuschauern gerufen. Die antisemitischen Anfeindungen gegen den TuS waren offenbar Höhepunkt einer mehrmonatigen Entwicklung im Berliner Fußball. In TuS Makkabis Mannschaften spielen Fußballer unterschiedlichster Konfession, darunter auch Juden. TuS Makkabi wurde 1898 unter dem Namen Bar Kochba gegründet. 1938 lösten die Nazis den Verein auf. 1970 gründeten jüdische Sportler den TuS Makkabi Berlin e.V. neu. Der Verein hat heute rund 500 Mitglieder und ist einer von 30 Makkabi-Vereinen in der Bundesrepublik. (Tagesspiegel v. 7. Oktober 2006)

OKTOBER

Eisleben/Sachsen-Anhalt: Die CDU-Kreisgeschäftsstelle in Eisleben wurde mit Hakenkreuzen, „Juden raus!“-Schriftzug und Runen besprüht. (Volksstimme v. 8. Dezember 2006)

Parey/Sachsen-Anhalt: Ein 16-Jähriger wurde am 12. Oktober in Parey (bei Stendal) von drei Mitschülern im Alter von 15 und 16 Jahren genötigt, auf dem Schulhof ein Din-A-4-Blatt mit einer antisemitischen Aufschrift zu tragen. Das Schild hatte die Aufschrift „Ich bin im Ort das größte Schwein, ich lasse mich mit Juden ein.“ Die Täter sind polizeibekannt wegen Körperverletzungsdelikten. (Mitteldeutsche Zeitung v. 14. Oktober 2006)

Berlin: In der Nacht zum 18. Oktober haben unbekannte Täter eine Tür des Dokumentationszentrums für NS-Zwangsarbeiter in Schönevide (Bezirk Köpenick) mit einem Hakenkreuz und drei Davidsternen beschmiert. Das Dokumentationszentrum war im August in zwei Steinbaracken eines ehemaligen NS-Zwangsarbeiterlagers eröffnet worden. In der Nacht zum 26. Oktober verübten Unbekannte einen Brandanschlag auf das Dokumentationszentrum. Die alarmierten Einsatzkräfte konnten den Brand löschen. (TAZ Berlin Lokal v. 19. Oktober 2006)

Zerbst/Sachsen-Anhalt: Eine Anruferin beschwerte sich bei der Polizei über eine Ruhestörung in ihrem Haus. Die Inhaberin der Wohnung, aus der lautstarke Musik drang, öffnete den Polizeibeamten, beschimpfte die Anruferin als „Juden-Fotze“,

Chronik antisemitischer Vorfälle 2006

„Nazareth-Fotze“ und schrie „Alle Juden sollen vermodern“. (Volksstimme v. 8. Dezember 2006)

Dresden/Sachsen: Mitarbeiter einer Sicherheitsfirma haben am 31. Oktober zwei 17-jährige Hakenkreuz-Schmierer gestellt. Diese waren damit beschäftigt, auf einer Baustelle eine Betonplatte zu beschmierem. Neben einem zwei mal zwei Meter großen Hakenkreuz hinterließen sie einen Davidstern mit rund 20 Zentimetern. (Dresdner Neueste Nachrichten v. 2. November 2006)

NOVEMBER

Osterholz-Scharmbeck/Niedersachsen: Auf das jüdische Mahnmal in Osterholz-Scharmbeck, das am 9. November feierlich enthüllt werden sollte, ist in der Nacht zum 7. November ein Brandanschlag verübt worden. Unbekannte hatten eine große Plane in Brand gesetzt, die 19 steinerne Stelen und eine Granitplatte mit dem Namen jüdischer Opfer des Nationalsozialismus verhüllte. (Weserkurier v. 9. November 2006)

Frankfurt/Oder/Brandenburg: Nach der Gedenkstunde zur Pogromnacht vom 9. November 1938 am Gedenkstein für die einstige Synagoge in Frankfurt/Oder rissen Neonazis die niedergelegten Blumengebinde weg und zertraten sie. Grablichter wurden kaputtgeschlagen. Zwei der Angreifer urinierten auf den Gedenkstein. Als die Polizei eingriff, wurde mehrfach aus der Gruppe heraus „Sieg Heil“ gerufen. 16 Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren wurden vorläufig in Gewahrsam genommen. (ddp/Tagesspiegel Online v. 10. November 2006)

Berlin: Nach einer Gedenkveranstaltung an die Pogromnacht haben unbekannte von einem Denkmal am Jüdischen Krankenhaus in Berlin Ehrenkränze gestohlen und in unmittelbarer Nähe weggeworfen. (AP v. 12. November 2006)

Hannover/Niedersachsen: Wie die Polizei am 14. November mitteilte, haben unbekannte Täter in der Innenstadt Hannovers ein Mahnmal für die in der NS-Zeit ermordeten Juden mit roter Flüssigkeit beschädigt. Das Mahnmal auf dem zentralen Opernplatz erinnert an 1915 ermordete Juden aus Hannover. (AP v. 14. November 2006)

Berlin: Am frühen Morgen des 15. November nahm die Berliner Polizei einen 47-Jährigen aus Neukölln fest. Polizeibeamte hatten ihn dabei beobachtet, wie er begann, an eine Hauswand antisemitische Sprüche mit Farbe aufzusprühen. Seit dem 24. Oktober waren in der näheren Umgebung immer wieder gleiche Schmierereien mit antisemitischem Inhalt entdeckt worden. (Pressemitteilung der Polizei Berlin v. 15. November 2006)

Berlin: Unbekannte haben zwei Stelen des Holocaust-Mahnmals in der Ebertstraße in Berlin-Mitte mit einem Hakenkreuz und den Worten „Juden“ und „schwul“ besprüht. Die Schändung wurde am 21. November entdeckt. (Tagesspiegel v. 22. November 2006)

Berlin: Ende November wurde bekannt, dass eine 14-jährige jüdische Schülerin in Berlin mehrfach von muslimischen Schülern durch Kreuzberg gejagt und geprügelt wurde. Dabei fielen Drohungen wie „Du dreckige Scheiße, geh dich aufhängen!“ und antisemitische Parolen. (Welt v. 24. November 2006)

Krefeld/Nordrhein-Westfalen: Am Abend des 27. November beleidigte ein 30-jähriger wohnungsloser Mann einen 31-jährigen Krefelder mit ausländerfeindlichen Beschimpfungen. Nach einem Wortwechsel trat der Täter seinem Opfer derartig heftig gegen den Körper, dass dieser durch die Eingangstür einer Krefelder Traditionsraststätte flog. Der Täter skandierte nun antisemitische Parolen und zeigte den Hitlergruß. (Pressemitteilung der Polizei Krefeld v. 28. November 2006)

DEZEMBER

Berlin: Während der Partie zwischen den Fußball-Oberligisten BFC Dynamo und Babelsberg 03 Anfang Dezember wurden im BFC-Fanblock rechtsextreme Parolen angestimmt. „Arbeit macht frei – Babelsberg 03“, so schallte es mehrfach von den Tribünen. Zudem schmetterten die Dynamo-Anhänger das so genannte „U-Bahn-Lied“; eine U-Bahn müsse von Babelsberg bis nach Auschwitz führen. (Tagesspiegel v. 3. Dezember 2006)

Grimmen/Mecklenburg-Vorpommern: Bei einem Vorbereitungsseminar „Jugendliche begleiten Jugendliche“ anlässlich der anstehenden Eröffnung der Anne-Frank-Ausstellung am 4. Dezember in Grimmen erschienen acht junge Männer vom rechtsextremen „Freundeskreis Avanti“; darunter „Avanti“-Herausgeber Robert Rupprecht und Nico Bloedorn, Ex-NPD-Landtagskandidat. Die Rechtsextremisten verteilten bei dem Vorbereitungsseminar CDs mit einschlägiger Musik und Angriffen auf das jüdische Opfer Anne Frank. (Spiegel online v. 4. Dezember 2006)

Schwerin/Mecklenburg-Vorpommern: Mit Stand vom 7. Dezember veröffentlichte der NPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern ein Redemanuskript eines NPD-Landtagsabgeordneten, das antisemitische Verunglimpfungen enthält. So leugnet dieser indirekt den Holocaust, indem er die widerlegte These verbreitet, die Tagebücher der Anne Frank seien erst nach 1945 geschrieben worden. (Ostsee-Zeitung v. 8. Dezember 2006)

Oranienburg/Brandenburg: In der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde am 16. Dezember ein Gedenkstein geschändet. Wie ein Polizeisprecher sagte, wurde auf einem der Steinkissen, die die Standorte der nicht mehr vorhandenen Häftlingsbaracken symbolisieren, ein Hakenkreuz eingeritzt. Zuvor entfernte der 19-jährige Neonazi Benjamin W. aus Königs Wusterhausen die nach jüdischer Tradition zur Erinnerung an die Opfer auf den Stein gelegten Kiesel. Mit einem dieser Steine ritzte er das Hakenkreuz ein. (Märkische Allgemeine v. 22. Dezember 2006)

Reutlingen/Baden-Württemberg: Das Amtsgericht Reutlingen hat am 18. Dezember einen in Tübingen-Wannweil lebenden Rechtsextremisten wegen Volksverhetzung zu zwei Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Der mehrfach wegen Volksverhetzung und Landfriedensbruch vorbestrafte 60-jährige, zuletzt NPD-Kandidat bei der Bundestagswahl 2005 und der baden-württembergischen Landtagswahl 2006, hatte im Juli 2006 vor seiner Haustür ein Plakat mit antisemitischen Parolen wie „Jüdische Landräuber RAUS aus Libanon, Gaza ... USrael. RAUS aus den Islam-Ländern“ aufgehängt. (Schwäbisches Tagblatt v. 19. Dezember 2006)

Aus den Verbänden



Bund der Verfolgten des Naziregimes

Berlin e.V.

Mit Augenmaß in die Zukunft!

Von Nikoline Hansen

60 Jahre und (k)ein bisschen weise?

Im letzten Jahr durfte der BVN Berlin sein sechzigjähriges Bestehen feiern, ein Anlass, der weniger von Freude geprägt war, wie dies bei einem derart runden Jubiläum üblicherweise der Fall ist, als vielmehr von den Nöten und Sorgen der Mitglieder, deren Zahl immer weiter sinkt. Auch dieses Jahr haben wir durch den Tod unserer langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden Gisela Mießner wieder einen Verlust hinnehmen müssen, der nicht zu ersetzen sein wird. Trotzdem, oder gerade deshalb, ist es für den BVN in dieser Endphase seines Bestehens als Interessenvertretung besonders wichtig, sich auf seine vorrangige satzungsgemäße Aufgabe zu konzentrieren und in erster Linie seinen Mitgliedern und allen anderen noch lebenden NS-Verfolgten bei der Durchsetzung ihrer Rechte zur Seite zu stehen. Dabei geht es nicht nur um die Anerkennung des erlittenen Unrechts, sondern auch um die finanzielle Sicherheit, den Lebensabend in Würde in dem Land verbringen zu können, das zwar einerseits Heimat ist, aber andererseits mit einem wohl einmaligen Vertrauensbruch auch sich selbst und die eigene politische Zukunft auf einen Weg gebracht hat, der nach wie vor von Unsicherheit, aber auch Besinnung und der Chance geprägt ist, es in Zukunft besser zu machen. Das allerdings nur, wenn es gelingt, Augenmaß zu halten. Dazu gehört,

einen angemessenen Platz in der europäischen Union und der Weltgemeinschaft einzunehmen und zu einem friedlichen Miteinander beizutragen, ohne dabei die eigenen freiheitlichen Werte aufzugeben.

Berlin wohin? Die neue Koalitionsvereinbarung der Berliner Regierung.

Die Verantwortung auch für die materielle Versorgung der ehemals NS-Verfolgten hat sich in Berlin inzwischen als Selbstverständlichkeit etabliert, auch wenn es im Hinblick auf die Angemessenheit der finanziellen Zuwendungen gelegentlich interessenbedingte Differenzen gibt: Sicher ist Berlin pleite, das erfolgte Unrecht nicht in vollem Umfang gutzumachen. Angesichts der immer kleiner werdenden Anzahl Betroffener führt eine im Zweifel etwas großzügigere Entscheidung aber nicht zu einem finanziellen Ruin Berlins, möglicherweise im Gegensatz zu anderen Entscheidungen: Etwa solche, die die Lebensqualität der „sozial Schwachen“ verbessern sollen – von verbilligten bzw. kostenfreien kulturellen Angeboten über die günstige Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs hin zu einer großzügigen Auslegung der Hartz-IV-Gesetzgebung – Regelungen, die in der Realität nicht unwesentlich dazu beitragen, auch diejenigen, die noch eigenes Geld verdienen, verarmen zu lassen, da sie diese Vergünstigungen nicht nur nicht in Anspruch nehmen können, sondern sie mit ihren Steuern auch noch finanzieren müssen. Ganz direkt etwa in Berlin durch die



Die Verfasserin, Dr. Nikoline Hansen, ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende des BVN Berlin und Vorstandsmitglied im ZDWW (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer und Verfolgtenorganisationen).

Anhebung des Grundsteuerhebesatzes, der auf die Mieten umgeschlagen wird, die Hartz-IV-Empfänger wiederum vom Staat finanziert bekommen.

Der in der letzten Vereinbarung festgeschriebene Grundsatz, das Andenken der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur stets in Ehren zu halten, ist nun sehr viel breiteren Floskeln gewichen, die zwar scheinbar zukunftsweisender sind, allerdings auch völlig neue Problematiken in sich bergen. Dabei geht es zum einen um Rechtsextremismus, zum anderen um die Gedenkstätten-

arbeit, die sicher wichtig ist und der auch der BVN in seiner Arbeit viel Gewicht beimisst, als auch in einem dritten Punkt um Integration unter dem Stichwort Internationalität – ein ebenfalls wichtiges Thema, dessen historische Verknüpfung mit der NS-Vergangenheit allerdings immer wieder befremdet. Im folgenden der entsprechende Ausschnitt aus der Präambel der Koalitionsvereinbarung:

„Die Koalition sieht im aufkeimenden Rechtsextremismus eine große Herausforderung für die Demokratie und hält es daher für ein wichtiges Signal aus der Hauptstadt, dass sich alle Fraktionen im Parlament auf eine klare Haltung zum Umgang mit rechtsextremen Parteien und Gruppierungen verständigt haben. Auf die Feinde der Demokratie gibt es zwei Antworten: konsequente Strafverfolgung und – im Sinne von Prävention – die ebenso konsequente Stärkung einer politischen Kultur, die von Achtung und Respekt gegenüber Andersdenkenden und Minderheiten geprägt ist. Zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort ist dabei besonders zu unterstützen. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass in einem neuen Landesprogramm bereits bestehende und künftig zu treffende Maßnahmen, die der Förderung von Demokratie und der Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rassismus und des Antisemitismus dienen, gebündelt werden.

In Berlin sind die Spuren einer bewegten Geschichte allgegenwärtig. Berlin stellt sich seiner Geschichte. Hier befand sich die Regierungszentrale des Nazireiches, hier wurden die Verfolgung und Ermordung der Juden beschlossen und die Befehle für den verbrecherischen Angriffskrieg erteilt, mit dem Deutschland die Welt überzog. In Berlin ist auch die Geschichte des geteilten Deutschland in besonderer Weise präsent. Hier stand die Mauer, hier ist nach ihrem Fall das Zusammenwachsen unseres Landes wie in keiner zweiten Stadt hautnah erlebbar. Gerade der jüngeren Geschichte offen und ehrlich ins Auge zu sehen und dabei den Wert unserer Demokratie und ihrer grundlegenden Werte zu erkennen, das ist immer wieder eine Herausforderung, der

sich die Koalition aus SPD und Linkspartei. PDS in besonderer Weise verpflichtet fühlt. Berlin appelliert deshalb auch an den Bund, seiner geschichtspolitischen Verantwortung in der deutschen Hauptstadt stärker nachzukommen.

Eine Stärke Berlins ist seine Internationalität. In der Stadt leben Menschen aus über 180 Nationen. Die Koalition möchte dazu beitragen, dass die Vielfalt der Kulturen und Lebensformen im Sinne des Diversity-Ansatzes als Chance und Bereicherung erlebt wird, dass Ängste abgebaut, Modelle des friedlichen Zusammenlebens und des interkulturellen Lernens erprobt und realisiert werden.“

Bleibt an dieser Stelle zu hoffen, dass die Tatsache, dass die NS-Verfolgten nicht mehr erwähnt werden, nur ein Versehen ist und die Zusammenarbeit mit dem Senat in den entsprechenden Bereichen durch diese neuen Zielsetzungen nicht beeinträchtigt wird. Zwar sind sowohl das Berliner PRV-Gesetz als auch die „Stiftung Hilfe für Opfer der NS-Willkürherrschaft“ „Auslaufmodelle“, aber noch werden sie gebraucht!

Rechtsextremismus

Die Berliner Parteien haben sich in sonst kaum geübter Einmütigkeit gegen die Zusammenarbeit mit der NPD, die ja in vier (von 12) Bezirksparlamenten vertreten ist, ausgesprochen. Das ist zwar gut so, kann aber doch zu Problemen führen. Zum einen hat die Partei einen demokratischen Wählerauftrag erhalten, zum anderen mag sie zwar viele abwegige Dinge jenseits unserer demokratischen Grundordnung vertreten, aber eben doch manchmal auch eine vernünftige Idee haben – sei es nach dem Motto: ein blindes Huhn findet auch mal ein Korn. Was dann? Ignorieren und nicht realisieren weil es ein Vorschlag der NPD ist? Letztens hörte ich eine junge Genossin der Linkspartei. PDS erstaunt jammern, dass die Vorstellungen der Parteien in einzelnen sozialen Bereichen wie etwa Hartz IV gar nicht so weit auseinander lägen ...

Meiner Ansicht nach gibt es nur eine befriedigende Lösung des Problems: Das Verbot der NPD als politische Partei muss noch einmal in Angriff genommen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Nur so lässt sich verhindern, dass politisch rechtsextremer Nachwuchs auf Staatskosten herangezogen wird und mit noch mehr Geld neue Programme aufgelegt werden müssen, die dies verhindern sollen, aber nicht können, und im schlimmsten Fall gar neue Gegenpole schaffen, die rechtsextremistisches Gedankengut weiter fördern oder argumentativ als Rechtfertigung dienen können. Solange die NPD als politische Partei fungieren kann, hat sie auch die gleichen Rechte wie die anderen Parteien und insbesondere den Anspruch auf finanzielle Unterstützung. Die These, dass rechtsextreme Aktivitäten nur im Rahmen einer politischen Partei vom Verfassungsschutz kontrolliert werden können, scheint mir gerade unter diesem Aspekt nicht schlüssig.

Die von dpa verbreitete Mitteilung des Berliner Polizeipräsidenten Dieter Glietsch Mitte Dezember, dass die Zahl rechtsextremer Gewalttaten in Berlin sich innerhalb eines Jahres verdoppelt habe und der Rechtsextremismus die Mitte der Gesellschaft zu erreichen scheine, lässt nicht gerade Optimismus aufkommen. Die Frage muss gestellt werden, ob wir unter einer Regierungskoalition mit der Linkspartei. PDS rechter Gewalt gegenüber nur sensibler geworden sind, oder ob sie nicht auch eine Antwort auf oder Interaktion mit linker Gewalt ist, vor der wir nicht die Augen verschließen dürfen. Rechte Demonstrationen oder Demonstrationsversuche und Gegenaktionen, teilweise von staatlichen Funktionsträgern initiiert, gehören mittlerweile fast zum guten Ton. Das zeigt auch das Beispiel des Miltenberger Stadtpfarrers Ulrich Boom, der für die Störung eines Neonazi-Aufmarschs durch Glockenläuten schließlich mit dem Aschaffenerburger „Mutig-Preis 2006“ ausgezeichnet wurde. Zuvor konnten die monatelangen Ermittlungen nach einer Strafanzeige zum Glück eingestellt werden. Es stellt sich doch die Frage ob es

Sinn macht, seine Wochenendplanung von den Ankündigungen Rechtsextremer abhängig zu machen, sie wollten demonstrieren, um dies dann unter Umgehung der Jurisdiktion zu verhindern. Ohne wochenlange Aufrufe zu Gegenaktionen wäre die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Demonstrationen deutlich geringer.

Hinzu kommt, dass das Misstrauen in die eigene Justiz die staatlichen Organe und mithin die Demokratie in einem erschreckendem Maße schwächt; dies ist durch den geforderten Einsatz von „zivilgesellschaftlichem Engagement“ wohl kaum gutzumachen – besonders wenn sich die anfängliche Euphorie dann doch mal totlaufen sollte, weil es eben auch attraktivere Wochenendtätigkeiten gibt als zu demonstrieren. Jede Radikalisierung an dieser Stelle, auch die von „linker“ Seite, trägt zu einer Schwächung der Demokratie bei – das sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Wenn, nach Berichten der Morgenpost, am 9. Dezember in Berlin-Treptow etwa 500 Teilnehmer an Gegenveranstaltungen zu einer Demonstration von 200 Rechtsextremisten teilnahmen, zu denen Gewerkschaften, die Parteien und sogar der Bezirksbürgermeister und das Bezirksamt Treptow-Köpenick aufgerufen hatten, lässt das nur den Schluss zu, dass mit derartigen Aufrufen bald keiner mehr hinter dem Ofen hervorzulocken sein wird, und dass keiner es mehr merken wird, wenn es wirklich wieder ernst wird. Anderenfalls müsste man sich wohl der kulturpessimistischen Deutung hingeben, dass es bereits wieder zu spät ist, den Anfängen zu wehren.

Auch aus diesem Grund ist es unabdingbar, das Verbot der NPD weiter mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu betreiben. Es ist nicht hinnehmbar, dass eine Partei, von der allseits angenommen wird, dass sie verfassungsfreundlich und undemokratisch ist, mit Steuergeldern finanziert wird.

Wichtig ist weiterhin die Förderung von Projekten wie etwa Aussteigerprogrammen für Rechtsextreme

und politischen Bildungsmaßnahmen, die das Bewusstsein für die Verantwortung bei jedem Einzelnen dafür schaffen, was Demokratie bedeutet und dass es eine sehr mühselige Staatsform ist, die nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten beinhaltet. Ein Beispiel hierfür ist die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (<http://www.kiga-berlin.org/>), die aus einer migrantischen Initiative als Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus nach den Anschlägen auf Synagogen in Istanbul 2003 entstand und die inzwischen beachtenswerte Konzepte für die Arbeit mit Migranten aus muslimisch geprägten Ländern entwickelt hat. Sie hat damit in vorausschauender Weise ein Problem erkannt, das uns in Zukunft weiter Sorgen bereiten wird.

Gedenkstättenarbeit

Die Situation der Berliner und Brandenburger Gedenkstätten ist finanziell gesehen eine Katastrophe und der Kampf um die notwendigen Mittel Sisyphosarbeit. Allerdings geht es in kleinen Schritten auch voran: vom Bau der Topographie des Terrors hört man keine Skandale mehr, das Gelände ist frei geräumt und der Baubeginn soll im September 2007 erfolgen. Dazu gab es das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Berlin-Schönevide, das der Stiftung Topographie des Terrors am 24. August 2006 offiziell übergeben wurde. Am 4. Dezember wurde das Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt feierlich eröffnet, das unter der Obhut der Gedenkstätte deutscher Widerstand steht. Abgesehen davon gibt es nichts Erfreuliches zu berichten: Besonders auf dem Gebiet der Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer gibt es Defizite. Richtig ist, dass Berlin die anstehenden Aufgaben nicht alleine finanzieren kann. Ob der Appell an den Bund nutzen wird, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Und zu der jüngeren Geschichte, deren Andenken es zu gestalten gilt, gehört ja auch die DDR, ein Thema, das in Berlin gerne weiter vernachlässigt wird.

Internationalität

Das Thema Migration und Integration treibt in Berlin gelegentlich echte Stilblüten. So sind nur wenige irritiert, wenn der Kreuzberger Bezirksbürgermeister fordert, Feuerwehrleute sollten künftig türkisch sprechen – konsequent, angesichts unserer Internationalität wäre da eher eine babylonische Sprachenvielfalt, denn was ist mit Arabern, Bosniern, Russen, Polen, Vietnamesen, Engländern, Amerikanern, Spaniern, Italienern, Franzosen oder Griechen, um nur einige zu nennen, die weder deutsch noch türkisch verstehen? Auch das Land Berlin und auch der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg sollten zu dem Schluss kommen, dass es Sinn macht, eine verbindliche Amtssprache zu haben, und die sollte in Deutschland deutsch sein. Natürlich soll niemand seine Herkunft verleugnen, aber zum Leben in Deutschland gehört eine vernünftige Schulausbildung, für die der Erwerb der deutschen Sprache unabdingbar ist. Hier muss angesetzt und weiter gefördert werden. Auch darf das Recht auf freie Religionsausübung nicht zu Ungunsten Andersdenkender ausgelegt werden, die dann in ihren Rechten eingeschränkt werden sollen. Hier wird noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten sein, ehe die Internationalität Berlins im Sinne von Weltoffenheit verstanden werden kann. Denn auch Internationalität kann engstirnig sein, wenn sie auf der Suche nach einer Bewältigung der Vergangenheit die eigene Identität verleugnet und damit neue Fronten schafft. Ängste abbauen bedeutet auch, vor sich selbst und vor dem Deutschsein keine Angst zu haben und dabei trotzdem das nötige Augenmaß zu wahren.

Wie schwierig das ist, hat gerade eine Satireaktion der Zeitschrift „Tempo“ für eine einmalige Ausgabe im Dezember 2006 bewiesen, bei der 100 deutschen Prominenten namens einer „Deutschen Nationalakademie“ die Ehrendoktorwürde angeboten wurde. Nur eine Handvoll durchschaute das Angebot und lehnte entsprechend ab.

Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern)

Ausstellung des BWV-Bayern vom 2. bis 20. März in Nürnberg: **Gegen Diktatur – Demokratischer Widerstand in Deutschland 1933–1945/1945–1989**

Die im Auftrag des Zentralverbandes Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand geschaffene Ausstellung ist als Baustein für eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland konzipiert. Sie stellt auf 30 Tafeln Menschen vor, die in der Diktatur gegen diese aktiv wurden und deren mutiges Handeln der Demokratie in

Deutschland den Boden bereitet hat. Unter den vorgestellten Persönlichkeiten finden sich bekannte Oppositionelle wie Carl von Ossietzky und Jürgen Fuchs, Helmuth Graf von Moltke und Rudolf Bahro, Claus Schenk Graf von Stauffenberg und Matthias Domaschk. Es erscheinen auch Menschen, die gegen beide Diktaturen Widerstand leisteten wie Robert Havemann, Werner Rüdiger, Wilhelm Grothaus und Heinz Brandt.

**Eröffnung am Freitag,
2. März 2007, 16.00 Uhr**

in der Halle des Ämtergebäudes Theresienstraße 7 in Nürnberg durch Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly und Landtagsvizepräsident a.D. Bertold Kamm.

Öffnungszeiten:

**Mo.–Do. 7.00–16.30 Uhr,
Freitags 7.00–15.30**

Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. (ZDWV)

Trauer um Mosche Drori

Der Vorsitzende des dem deutschen Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen (ZDWV) freundschaftlich verbundenen israelischen Verbandes INVALIDS' ASSOCIATION OF NAZI PERSECUTION AND BRANCHES, Mosche Drori, ist am 13. Januar 2007 verstorben.

In ihrem Beileidsschreiben an den neuen Vorsitzenden des Verbandes, Josef Czarny, schrieb die Vorsitzende des ZDWV, Dr. h.c. Annemarie Renger: „In der langen Zeit, da er zusammen mit seiner lieben Frau Miriam alljährlich unsere Veranstaltung zum Gedenken an das Attentat auf den verbrecherischen Tyrannen am 20. Juli in Berlin besuchte, war Mosche Drori den deutschen Widerstandskämpfern ans Herz gewachsen. Wir werden Mosche Drori nie vergessen und in der Erinnerung an ihn einen zusätzlichen Ansporn sehen, im Kampf gegen Antisemitismus und Neonazismus nicht nachzulassen.“

Neuerscheinungen

Jürgen Weber (Hrsg.):

Illusionen, Realitäten, Erfolge

Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit.

Olzog Verlag München 2006

304 Seiten, 19,90 €

Nicht die Vereinigung, sondern das SED-System war die Ursache der Probleme

Deutschland hat sich verändert. In Ost und West ist nichts geblieben, wie es war. Die Deutschen schwanken zwischen Ernüchterung und Zukunftshoffnung. Was uns im Rausch des Mauerfalls zuzufliegen schien, erweist sich inzwischen als Generationenaufgabe. Denn der Systemwechsel von der Zentralverwaltungswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft verlief komplizierter als gedacht. Der Traum von einem zweiten Wirtschaftswunder durch Milliarden-Transfers ist durch die zunehmende Arbeitslosigkeit zerstoßen. Im Westen wird die finanzielle Belastung durch die Einheit beklagt, im Osten ist die allgemeine Stimmungslage durch Enttäuschung und nostalgische Tendenzen und Verklärungen gekennzeichnet. Übersehen wird dabei nicht selten das zwangsläufige Versagen des Mauerstaates DDR, das die wichtigste Ursache für die Entwicklung im Osten war.

Dennoch besteht wahrlich kein Anlass zu undifferenziertem Pessimismus, jedenfalls für den, der die historische der zeitdiagnostischen Perspektive vorzieht wie Richard Schröder: „Die deutsche Einigung war für die DDR der kürzeste Weg zur Freiheit und der kürzeste, wenn auch schmerzliche Weg zum wirtschaftlichen Neuanfang und zum Anschluss an den Weltmarkt. Für den Westen war sie die Einlösung einer Selbstverpflichtung im Grundgesetz. Genauer hat sich keiner von uns die deutsche Einheit vorgestellt. Deshalb hatte auch niemand etwas für diesen unwahrscheinlichen Fall in der Schublade, und schon deshalb ist es kein Wunder, dass das Unerwartete, Unvorbereitete anders ausgefallen ist, als wir es uns vorgestellt haben.“

Schröders Plädoyer lenkt den Blick auf die Bedeutung der Wiedervereinigung. Die exorbitanten Einigungskosten könnten als verspätete Kriegsfolgelasten verbucht werden:

„Erst mit dem Beitritt der DDR zum Grundgesetz ist der 1933 vollzogene Austritt Deutschlands aus der rechtsstaatlichen und demokratischen Tradition rückgängig gemacht worden.“ In diesem Kontext sei die deutsche Einigung bislang „unglaublich gut verlaufen“.

Hingegen dominiert in den zeitdiagnostischen Analysen, die weitgehend das Bild der Öffentlichkeit bestimmen, die eher düstere Botschaft der ökonomischen Perspektive und hat Cassandra Konjunktur.

Der öffentliche Diskurs über Fehlentwicklungen und Versäumnisse im Einigungsprozess hat die Akademie für Politische Bildung Tutzing veranlasst, eine Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit vorzulegen. Namhafte Autoren befassen sich in dem vom Historiker und Politologen Jürgen Weber 2006 herausgegebenen Sammelband im Olzog Verlag mit allen Aspekten des Wiedervereinigungsprozesses der letzten Jahre. Ihre Beiträge sind auch für den Kundigen informativ und glänzen durch überzeugende Analysen. Empirische Untersuchungen, statistische Daten und Umfragedaten erhöhen den Informationswert.

Nach dem Vorwort von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und der lesenswerten Einleitung des Herausgebers Jürgen Weber beschäftigt sich Joachim Gauck mit dem langen Nachwirken zweier Diktaturen. In seinem nachdenklich stimmenden Beitrag beschreibt er die alltägliche Anpassung und Unterwerfung in der Diktatur, die politische Ohnmacht und den Gehorsam, was das Leben und die Demokratie ruiniert hat. Seiner abschließenden Wertung kann der Leser eigentlich nur zustimmen:

„Wir haben in den letzten Jahren Wunderbares in Deutschland gesehen. Dieses Land ist nicht nur gezeichnet von den Diktatoren und ihren unsäglichen Verbrechen, sondern wir haben im Westen gesehen, wie eine Zivilgesellschaft emporwuchs. Sechzig Jahre haben wir jetzt hinter uns, eine Entwicklung ohne Krieg, mit Bürgerrechten und Menschenrechten im Westteil. Das hat die deutsche Nation in ihrer Geschichte noch nie erblickt. Wo ist eigentlich die Dankbarkeit – besonders der westdeutschen Landsleute – für dieses wunderbare Produkt der jüngsten Politikgeschichte? Ich sehe sie nicht. Und wenn ich meine Ossis anucke: Wo ist ihre Dankbarkeit für diese enorme Überraschung einer Freiheitsrevolution? Sie waren so lange auf Untertan, auf Staatsinsasse trainiert, und plötzlich, aus Sehnsucht nach Freiheit, nahmen sie Abschied von dieser Rolle. Auf den Straßen riefen sie „Wir sind das Volk!“. Würden wir in Frankreich leben, stünde dieser Satz in jedem Klassenzimmer, damit die Nation sich sagt, Mensch, das sind wir, wir kämpfen für die Freiheit. Diese Bürger, die sich die Freiheit nicht auf dem Tablett haben servieren lassen, sondern sie sich erkämpft haben, bilden den anderen, den guten Teil eines Deutschlands, das wir achten können, weil es sich für die Freiheit entschieden hat.“

Der Historiker Stefan Woll knüpft mit dem Beitrag „Zwischen Platte und Maschendraht“ an sein Buch „Die heile Welt der Diktatur“ an, das noch immer eine Empfehlung verdient. Witzig und originell beschreibt er die „Kuhwärme des Kollektivs“, den „sauberen Staat DDR“, die „sozialistische Wartegemeinschaft“ und bekräftigt seine bekannte These, dass die DDR-Identität geboren wurde, als die DDR starb.

Ein eher bitteres Fazit zieht Achim Beyer, 1951 im „Werdauer Oberschüler-Prozess“ zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt, unter der provokanten Überschrift „Die Täter verwöhnt – die Opfer verhöhnt?“. Die sehr persönlichen Ausführungen des bekannten Publizisten, der nach drei Jahrzehnten Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Erlanger Institut für DDR- und Vergleichende Deutschland-Forschung in Seminaren und Schulen als Zeitzeuge gefragt ist, umfassen die Rehabilitierung und Haftentschädigung sowie Rentenprobleme und den Kampf der Opfer der SED-Diktatur um Korrekturen und Verbesserungen durch den Gesetzgeber. Die skeptische Frage Beyers, ob die Einführung einer Opferpension, von der Politik 2005 angekündigt, ein neuerliches Versprechen ohne Umsetzung ist, hat der Bundestag unlängst im Sinne der ehemaligen politischen Häftlinge beantwortet.

Dass die Demokratie den Einsatz für Demokratie im Staat der SED nicht angemessen anerkennt und Betroffene sich fragen, ob ihr Opfer und Widerstand sich gelohnt haben, wenn sie sehen, dass sie wegen der Wirkungen von Verfolgungsmaßnahmen zu den sozial und gesundheitlich Schwachen gehören, während die systemnahen Eliten und Kader sich in der Regel rechtzeitig materielle und ideelle Vorteile sichern konnten, beschreibt Ehrhart Neubert mit seiner langjährigen Erfahrung in der Beratung ehemals politisch Verfolgter des SED-Regimes.

Als ehemaliger Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der „Gauck/Birhler-Behörde“ weiß Neubert aber auch, dass sich viele politisch Verfolgte am Aufbau einer lebendigen Demokratie beteiligen und sich an der gewonnenen Freiheit freuen, besonders für die Jugend, die ihnen selbst oft gestohlen worden war:

„Viele gehen in Schulen und treten dort als Zeitzeugen auf oder beteiligen sich anderweitig an der Erinnerungsarbeit. Es geht ihnen auch um die Verhinderung neuer Unfreiheit, in welcher Gestalt auch immer. Die Oppositionellen und Widerständler, die politischen Häftlinge und widerspenstigen Abweichler der DDR haben uns mit ihren Erzählungen von Mut und Widerstandskraft, von Individualität und Selbstbehauptung, von Kultur in der geistigen Wüste des ideologischen Totalitarismus, von der Freiheit der äußerlich Gefangenen viel zu geben. Diese Erzählungen braucht die Demokratie, um ihre eigene Geschichte zu entwickeln, ihre Grundlagen zu verstehen und ihre Richtung in die Zukunft zu finden.“

Die neue Publikation aus Tutzing, die die stattliche Reihe der Sammelbände von bundesweit beachteten Tagungsergebnissen der Akademie für Politische Bildung inhaltlich und aktualisiert fortsetzt, ist für jeden, dem die „innere Einheit“ nicht gleichgültig ist, ein ebenso breit gefächertes wie wissenschaftlich fundiertes Angebot, eine realistische und ehrliche Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit, die die strafrechtliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts (Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Berlin), die Kritik am Aufbau Ost (Ulrich Heilemann, Leipzig), die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern

(Wolfgang Quaisser, Tutzing) und Gunther Hellmanns Analyse mit Umfragedaten zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik „Europäisches Deutschland oder deutsches Europa?“ einbezieht.

Der Sammelband ist ein wichtiger Beitrag für die politische und staatsbürgerliche Bildung. Sachbuch und spannende Lektüre schließen hier einander nicht aus. Ein Glückwunsch nach Tutzing an den Herausgeber Jürgen Weber und „seine“ Autoren!

Hans-Jürgen Grasemann

Uwe Backes

Politische Extreme

Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart

Göttingen 2006 (Vandenhoeck & Ruprecht), 310 S.

In ein gutes „Waffenarsenal“ der Demokratie gehört auch Theorie

Die Bezeichnungen „politische Extreme“ und „politischer Extremismus“ kursieren in der öffentlichen Diskussion schon seit Jahrzehnten. Woher kommen derartige Formulierungen? Wie wurden sie in der Vergangenheit genutzt? Und welche Schlüsse kann man daraus für ihr gegenwärtiges Verständnis ziehen? Diesen Fragen widmet sich der Politologe Uwe Backes, stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden, in seinem neuesten Buch „Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart“.

Es löst historisch-chronologisch gegliedert das Versprechen des Untertitels ein: Mit dem Ursprung in der altgriechischen Maßethik beginnend zeichnet der Autor die Verwendung des Terminus in der Aristotelestradition bis zum Frühhumanismus nach. Dem folgend geht es um die Wortgeschichte im Kontext der Ideologien des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart, wobei die deutsche Wahrnehmung im Zentrum des Interesses steht. Backes setzt die Entwicklung dabei immer in den Kontext des Spannungsverhältnisses zu Mitte und Mischverfassung bzw. Demokratie und Konstitutionalismus.

Gegen Ende definiert er Extremismus als Antithese zu den letztgenannten politischen Prinzipien und entwickelt eine dreiteilige Typologie: demokratischer Antikonstitutionalismus, konstitutioneller Antidemokratismus und antikonstitutioneller Antidemokratismus. In diesem Kontext finden sich auch beachtenswerte Achsenmodelle, die Varianten des Extremismus wie Anarcho-Kommunismus, Marxismus-Leninismus, Nationalsozialismus und Theokratie verorten.

Mit seinem Buch „Politische Extreme“ legt Backes erstmals eine detaillierte Begriffsgeschichte zu diesem Terminus vor. Man darf seiner intensiven Spurensuche in den Diskursen der Geschichte und Gegenwart Bewunderung zollen. Nicht nur im Aristoteles-Abschnitt beeindruckt er mit seiner genauen analytischen Sezierarbeit. Gegen Ende der historischen Kapitel hätte man sich noch eine problemorientierte Zusammenfassung gewünscht. Auch sind die typologischen Ausführungen im Schlusskapitel zu knapp gehalten. Vielleicht bieten sie aber auch den Ansatz für ein weiteres Buch. Das Vorliegende wirkt mitunter etwas zu theorielastig. Gleichwohl muss man sich auch damit in der Extremismusforschung auseinandersetzen. Backes liefert erneut dazu einen gewichtigen Beitrag.

Armin Pfahl-Traugher

Wilhelm Dietl/Kai Hirschmann/Rolf Tophoven

Das Terrorismus-Lexikon

Täter, Opfer, Hintergründe

Frankfurt/M. 2006 (Eichborn-Verlag), 455 S., 24,90 €

Wer sich über die unterschiedlichsten Facetten des Terrorismus – und zwar nicht nur in seiner islamistischen Variante – informieren möchte, kann jetzt zu einem „Terrorismus-Lexikon“ greifen. Es stammt aus der Feder des Journalisten Wilhelm Dietl und der beiden Mitarbeiter des Instituts für Terrorismusforschung und Sicherheitspolitik Kai Hirschmann und Rolf Tophoven. In ihrem Buch reihen die Autoren allerdings nicht einzelne Artikel alphabetisch aneinander, sondern präsentieren in acht Kapiteln gut strukturiert wichtige Erkenntnisse zu den jeweiligen Themen: Es geht dabei zunächst um den Wandel des Terrorismus gestern und heute, danach um den ethno-nationalen Terrorismus von der ETA bis zu den Tamil Tigers und den sozialrevolutionären Terrorismus von der deutschen RAF bis zur türkischen Dev Sol.

Anschließend widmen sich die Autoren dem Terrorismus mit staatlicher Beteiligung, besonders ausführlich dem Dschihadismus der Islamisten sowie den Durchführungsformen des Terrorismus und den Bekämpfungsansätzen. Die einzelnen Kapitel sind überaus informativ und gut strukturiert – mitunter allerdings zu stark referierend gehalten. Etwas ärgerlich ist, dass Informationen und Zitate nicht genauer nachgewiesen werden. Auch wäre ein kleines Kapitel zum Rechtsterrorismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in Großbritannien und Italien wünschenswert gewesen. Hart gehen die Autoren mit den aus ihrer Sicht völlig verfehlten Bekämpfungsstrategien der USA ins Gericht. Statt einer einseitigen Fixierung auf militärische Mittel plädieren sie für eine stärkere Auseinandersetzung mit Gewaltideologien und eine glaubwürdigere Prinzipienpolitik.

Armin Pfahl-Traugber

Jörg Berlin/Adrian Klenner (Hrsg.)

Völkermord oder Umsiedlung?

Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich.

Darstellung und Dokumente

Köln 2006 (PapyRossa-Verlag), 410 S., 24,90 €

„Die Erinnerung an genozidales Geschehen oder seine Leugnung sind zentrale Indizien für das Demokratiepotezial in Täter- wie Opfergesellschaften“. Dieser Satz des bekannten Historikers Wolfgang Benz kann als indirekte Anspielung auf den offiziellen Umgang der Türkei mit den Massenmorden an den Armeniern 1915/16 interpretiert werden. Über diese Ereignisse und ihre Hintergründe legten nun der Historiker Jörg Berlin und der Geschichtsdidaktiker Adrian Klenner eine umfangreiche Dokumentation vor. Unter dem Titel „Völkermord oder Umsiedlung? Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich“ präsentieren sie darin zunächst einen historischen Überblick und danach eine Sammlung von knapp 260 Dokumenten.

Diese gehen auf die Vorgeschichte und Planung der Massaker ein, widmen sich aber auch dem armenischen Widerstand und den türkischen Helfern gegen die Regierungspolitik des Völkermords. Aufgegriffen werden außerdem Propaganda und Täuschungsversuche sowie offizielle gegenwärtige türkische

Stimmen zu den Ereignissen. Leider setzen sich die Herausgeber mit Letzteren nicht näher auseinander. Dies schmälert allerdings nicht die erdrückende Last der historischen Dokumente, die unabhängig voneinander die Massenmorde belegen. Umstritten kann allenfalls noch sein, ob sie auf einen bestehenden Plan zurückgingen oder das Ergebnis von konkreten historisch-politischen Prozessen waren. Den Genozid selbst kann man angesichts der abgedruckten Belege eigentlich nicht mehr leugnen oder verharmlosen. Um so erschreckender, dass es heute noch in der Türkei geschieht.

Armin Pfahl-Traugber

Reinhard Grimmer, Werner Irmler,
Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz (Hrsg.)

Die Sicherheit

Zur Abwehrarbeit des MfS

Berlin 2002, edition ost, 1.284 S., 68,00 €

Nicht mehr neu, aber bezeichnend.

Keine Neuerscheinung, aber passend in die aktuelle Debattenslandschaft ist das von Reinhard Grimmer, Diplomburist, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Dr. jur., Oberst a.D., MfS/AfNS 1960–1990, Offizier für Grundsatzdokumente (ZAIG) zusammen mit drei ehemaligen MfS-Generälen herausgegebene Buch über die „Wahrheit“ zur Abwehrarbeit des MfS. Es lässt die Märchenbücher der Gebrüder Grimm verblassen; sie wirken dagegen einfältig, bieder, simpel und schwach: „Grimmer“ als Steigerung von „Grimm“?

Diesen Eindruck hatte der Rezensent nicht nur beim Lesen der beiden Kapitel über die „Untersuchungsorgane“ des MfS (HA IX) und den „Untersuchungshaftvollzug im MfS“ (Abt. XIV) und dem dort u.a. beschriebenen „menschlichen Verhalten gegenüber Sorgen und Problemen des Beschuldigten“ (Bd. 2/445); dies nicht nur aufgrund persönlicher Erinnerung, sondern anhand der (vom MfS archivierten!) Akten. In vielen, sehr vielen ähnlichen Fällen wurden Menschen wegen ihrer politisch nicht opportunen Kritik am diktatorischen SED-System mittels der DDR-Gesetzgebung kriminalisiert. Die Autoren berufen sich ständig darauf, dass sie grundsätzlich und immer nur „nach Recht und Gesetz der DDR“ pflichtgemäß gehandelt hätten – nur gelegentlich wird auf die im SED-Staat höherwertige Parteidisziplin hingewiesen. Nirgendwo wird jedoch problematisiert, wie diese „Gesetze“, dieses „sozialistische Recht“ zustande kam: über den Missbrauch des politischen Strafrechts der DDR haben sich auch ehemalige DDR-Rechtswissenschaftler (Hermann Klenner u.a.) und hohe SED- und PDS-Funktionäre (Dietmar Keller u.a.) sehr kritisch geäußert – und wurden nicht selten als „Nestbeschmutzer“ oder auch „Verleumder“ von ihren eigenen Genossen beschimpft.

Die Geschichte der SED-DDR wird so beschrieben und interpretiert, wie es in den mit der Publikation gewollten Rechtfertigungsrahmen passt. Vieles liest sich wie inzwischen bekannte Lehrbücher der MfS-Hochschule: die Diktion, der Aufbau, die Abfolge der Argumente und beschriebenen Arbeitsschritte – wirklich nichts Neues. Der Leser kann sich hunderte von Seiten der Lektüre ersparen, sofern er die propagandistische und ideologisch geprägten und gefärbten Geschichtsbücher aus DDR-Zeiten kennt (von deren einseitigem Inhalt nicht nur einige der damaligen Autoren, sondern auch die Historische Kommission der PDS weitgehend abgerückt sind). Wortwahl und Stil gleichen sich auffallend, unübersehbar. Ersparen

kann sich die Lektüre auch derjenige, der die Publikationen der BStU, Abteilung Bildung und Forschung (BF), kennt, insbesondere die Dokumenten-Bände mit den Richtlinien und Anweisungen des Ministers Erich Mielke. Aus diesen Dokumenten wird laufend unkritisch zitiert, in einer Art und Weise, die erschrocken macht: die Autoren gehen auch heute noch davon aus, dass alles „rechtens“ gewesen sei. Bemerkenswert sind noch mehr die von den Autoren dabei vorgenommenen Auslassungen: nicht zitiert werden z.B. die schlimmen, sehr konkreten und menschenverachtenden Anweisungen aus der Richtlinie 1/76 zur „Zersetzung“.

Daraus ergibt sich zwingend die Frage, was die Generäle und Obristen des MfS der Öffentlichkeit als „Wahrheit“ aufgetischt hätten, wenn nicht aus der unfreiwilligen Hinterlassenschaft des MfS die Dokumente (Richtlinien, Direktiven etc.) bereits veröffentlicht worden wären, an deren Existenz und Authentizität sie nicht vorbei können. Aber darüber hinaus werden keinerlei neuen Erkenntnisse über die Arbeit des MfS vermittelt – besser: preisgegeben!

Es erfolgt vielmehr eine nur als dreist und frech zu bezeichnende Umkehr des Sachverhaltes: „Die Behörde des BStU kam nicht umhin, die Richtlinien des MfS, die seit 1950 für die Arbeit mit IM der Abwehrdienstleistungen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit der DDR galten – einschließlich der Durchführungs- und ergänzenden Bestimmungen – zu veröffentlichen.“ (S. I/337)

Die Autoren – elf Generäle, fünf Oberste und vier Oberstleutnanten – haben keinerlei Schuldbewusstsein, es gibt nirgendwo eine Entschuldigung – es bleibt bei einer Rechtfertigung. Schuldzuweisungen gibt es dennoch nicht wenige: die meisten richten sich an die „Imperialisten“, die „westlichen Geheimdienste“ usw., aber auch gelegentlich an die SED-Führung – „der Generalsekretär des ZK der SED“ –, welche das MfS sogar „missbraucht“ habe; dennoch wurde strengste Parteidisziplin gewahrt. Eben diese Generäle erfüllten – verständlicherweise ebenso ihre Untergebenen – bedingungslos jeden Beschluss des Politbüros (auch wenn er an den formal-demokratischen Strukturen der DDR vorbeiging), selbst „Hinweise“ wurden als „Befehl“ verstanden und entsprechend ausgeführt. Dass der oberste MfS-Vorgesetzte Mielke als Politbüromitglied an den absolut unanfechtbaren Vorgaben direkt beteiligt war (und mithin schon mal nicht alles auf Erich Honecker allein abgewälzt werden kann), wird nicht so deutlich wie der Hinweis darauf, dass durch ihn unmittelbar nach Sitzungen des Politbüros „die Aufgaben für die Arbeit aller Dienstleistungen des MfS abgeleitet und verbindlich angewiesen wurden“ (S. I/115). Es heißt weiter, dass die „verbindlichen Handlungsgrundlagen militärisch exakt – mit Befehlen, Richtlinien, Weisungen, politisch-operativen Orientierungen, operativen Maßnahmen etc. ausgearbeitet und entsprechend den Festlegungen in den Dienstleistungen erläutert“ wurden. Kein Wort darüber, inwieweit die Autoren des vorliegenden Buches – höchste Militärränge des MfS – an der Ausarbeitung beteiligt waren – oder sollte das alles Erich Mielke allein bewältigt haben?

Das MfS war kein Geheimdienst, sondern – nach den bekundeten Aufgabenstellungen – eine „Geheimpolizei“ oder „Ideologepolizei“ (Siegfried Mampel). Dennoch wird im Buch das MfS mit Geheimdiensten demokratischer Staaten gleichgesetzt; noch mehr: dort sei es vielfach weniger rechtstreu zugegangen! Schließlich sei die DDR ein „ganz normaler Staat“

gewesen. Alle Mitarbeiter des MfS, ihre „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibE), sämtliche IM, sie „alle handelten in der ehrlichen Überzeugung, der DDR, ihren Bürgerinnen und Bürgern, vor allem aber der Erhaltung des Friedens und der Verständigung der Völker zu dienen. Daran ändern auch die Versuche nichts, sie zu diskriminieren und so ihre seit 1989/1990 betriebene gesellschaftliche Ausgrenzung zu rechtfertigen.“ (Bd. 2/152)

Das Buch erschien genau in jener Zeit, da der von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl ausgelöste „Aktenstreit“ dazu hätte führen können, dass die Stasi-Akten nur noch eingeschränkt – oder gar in den Originalen teilweise vernichtet – der Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zugänglich geworden wären. Die Autoren – MfS-Generäle und Obristen – sowie weitere tausende ehemalige SED-Funktionäre freuten sich schon auf ihre (erneute?) Interpretations-Hoheit über die SED-Diktatur, die sie als „demokratisch“ und weiterhin „zukunftssträchtig“ betrachten. Das vorliegende Buch ist nicht der erste und wohl auch nicht der letzte Versuch dazu, aber in diesem Fall ein ganz bedenklicher, übler, heimtückischer und gefährlicher.

Das wird auch nicht gemildert durch das Vorwort – „Ein Plädoyer“ genannt – von Dr. jur. Peter-Michael Diestel, Rechtsanwalt in Potsdam, Stellvertretender Ministerpräsident und letzter Innenminister der DDR (so Bd. 1/7); er war auch im Januar 1990 Gründungsmitglied der DSU und ihr Generalsekretär, ab August 1990 CDU-Mitglied; heute gilt er als Lieblingsanwalt für „SED-Systemnahe“, insbesondere für ehemalige MfS-Mitarbeiter.

Achim Beyer

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen e.V. Bonn (ZDWV), Dr. h.c. Annemarie Renger, Postfach 12 06 17, 53048 Bonn.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/157 68 13

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn.

Das Bezugsgeld ist bei Mitgliedern der dem ZDWV angeschlossenen Organisationen durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft in den angeschlossenen Verbänden verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe 20. 04. 2007